



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2014/2

Datum/Zeit	Donnerstag, 8. Mai 2014, 18:00 - 22.00 Uhr	
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101	
Vorsitz	Bolliger Renate (EVP)	<u>1</u>
Mitglieder	Blaser Peter (SP)	
	Burckhardt Andreas (Grüne)	
	Burkhalter Hans Rudolf (Grüne)	
	Grossniklaus Bruno (SP)	bis 19.55 Uhr
	Kehrli Rudolf (SP)	
	Mahler Rudolf (SP)	
	Thomann Andreas (SP)	
	Thomann Thulani (SP)	
	Weishaupt Jakob (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	
	Zeyer Priska (parteilos)	<u>11</u>
	Burri Simon (SVP)	
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hess Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Müller Lucia (SVP)	
	Schneiter Roger (SVP)	
	Studer Martin (SVP)	
	Weber Marlis (parteilos)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	<u>11</u>
	Fels Silvia (EVP)	bis 21.30 Uhr
	Wagner Rahel (EVP)	<u>2</u>
	Hubschmid Roger (FDP)	
	Rutschi Raphael (FDP)	
	Weibel Tobias (FDP)	<u>3</u>
	Bendoza Thomas (FORUM)	
	Schaller Esther (FORUM)	<u>2</u>
	Gasser Melanie (GLP)	
	Luyet Cédric (GLP)	<u>2</u>
	Löhrer Sandra (CVP)	
	Rippstein Eduard (CVP)	<u>2</u>
	Total anwesend	<u>34</u>

Mitglieder Gemeinderat

Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Aliki (SVP), Schoop Henrik (FDP), Unteregger Schütz Regula (SP), Iten Thomas (Gemeindepräsident parteilos) sowie

	die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Kumli Jürg, Ratssekretär
Entschuldigt	Mitglied des GGR: Nova Colette (SP), Ögüt Hasan (SP), Rüfli Roland (FORUM), Schröter Bruno (EVP), Toggwiler Annette (GLP) und Werner Michael (FDP)
Gäste / Berater	zu <i>Traktandum Nr. 19</i> : Herren Rutz (TBF) und Schmid (BernMobil) zu <i>Traktandum Nr. 21</i> : Arnold Niels, Finanzverwalter

TRAKTANDEN

15.	Protokoll Nr. 6 der GGR-Sitzung vom 12. Dezember 2013; Genehmigung.....	45
16.	Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 13. Februar 2014; Genehmigung.....	46
17.	Finanzkommission; Ersatzwahl.....	48
18.	Sozialkommission; Ersatzwahl.....	49
19.	Tram Region Bern: Ausführungsprojekt; Kreditbewilligung für die Linie 10.....	50
20.	Verwaltungsbericht 2013; Genehmigung.....	58
21.	Gemeinderechnung 2013; Genehmigung.....	66
22.	Steingrübli: Erwerb der Parzelle Nr. 7542 durch die Gemeinde Ostermundigen und Aufhebung des GGR-Beschlusses vom 18. September 2003; Genehmigung.....	72
23.	Schulanlage Bernstrasse: Einbau Tagesschule, Kindergarten und Instandsetzung; Kreditabrechnung.....	78
24.	Wasserverbund Region Bern AG (WVRB): Änderung des Partnerschaftsvertrags (Aufnahme der Gemeinden Vechigen und Stettlen); Genehmigung.....	79

2. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 8. Mai 2014

25.	Überparteiliche Motion zur Schonung des Eigenkapitals der Gemeinde Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	81
26.	Motion der FDP-Fraktion betreffend Einführung des papierlosen Rats- und Kommissionsbetriebs; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	83
27.	Überparteiliche Interpellation betreffend die Motion "Temporegime auf Ostermundigen Strassen"; schriftliche Beantwortung.....	86
28.	Interpellation CVP/GLP-Fraktion betreffend GEF-Bericht zur Sozialhilfe in der Stadt Biel - Erkenntnisse für Ostermundigen; schriftliche Beantwortung.....	87
29.	Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Bekämpfung von Lotterliegenschaften; schriftliche Beantwortung.....	88
30.	Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kostenrisiko bei Abwasserleitungen; schriftliche Beantwortung.....	89
31.	Einfache Anfrage Sandra Löhner (CVP) betreffend Ausnahmegewilligungen bei Baugesuchen bzw. Anpassung des Baureglements; schriftliche Beantwortung.....	90
32.	Motion FDP-Fraktion betreffend Vorverschieben der Gemeindewahlen; parlamentarischer Neueingang.....	91
33.	Motion FDP-Fraktion betreffend Einführung eines Gemeinde-Newsletters und den Ausbau der Präsenz in sozialen Netzwerken; parlamentarischer Neueingang.....	92
34.	Dringliche Interpellation FDP-Fraktion zum Cupfinal 2014 bzw. zu Hochrisikospiele in Bern; parlamentarischer Neueingang.....	93
35.	Interpellation FDP-Fraktion betreffend Zugang von guten Steuerzahlenden (Steuerertrag natürliche Personen); parlamentarischer Neueingang.....	94

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates des Jahres 2014. Ich heisse auch die Vertreter der Presse und die anwesenden Zuschauer herzlich willkommen. Danke für euer Interesse am Geschehen im Rat. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Jakob Weishaupt (SP) hat seine Demission als Parlamentsmitglied eingereicht. Er nimmt heute Abend letztmals an der Sitzung teil.
2. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nimmt zu Traktandum Nr. 21 (Gemeinderechnung 2013) der Finanzverwalter, Niels Arnold, an der heutigen Sitzung teil.
3. Nach dem Traktandum Nr. 20 (Verwaltungsbericht 2013) werden wir eine 20 minütige Pause einlegen.
4. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - Beilage zu Traktandum Nr. 19: Eine Broschüre mit Informationen zum Projekt Tram Region Bern (Gemeinde Ostermundigen)
 - Broschüre „Evaluation 2013; Schwerpunkteprogramm 2014“ der offenen Kinder- und Jugendarbeit
5. Die Anmeldefrist für die Diskussionsveranstaltung "Tram Region Bern" vom 23. Mai 2014 läuft am 9. Mai 2014 ab.
6. Der diesjährige Ratsausflug findet am 16. Mai 2014 (Nachmittag) statt. Die Anmeldefrist läuft heute ab. Der Ratssekretär nimmt die Anmeldungen bis zum Sitzungsende entgegen. Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen.
7. Die nächste Sitzung findet terminplanmässig am **3. Juli 2014** statt.
8. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns gegenüber im „Stef's Kulturbistro“.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 32: Es liegen keine Orientierungen des Gemeinderates vor.

Parlamentarische Neueingänge

Diese Vorstösse werden heute Abend eingereicht:

- Motion FDP-Fraktion betreffend Vorverschieben der Gemeindewahlen

- Motion FDP-Fraktion betreffend Einführung eines Gemeinde-Newsletters und den Ausbau der Präsenz in sozialen Netzwerken
- Dringliche Interpellation FDP-Fraktion zum Cupfinal 2014 bzw. zu Hochrisikospielen in Bern
- Interpellation FDP-Fraktion betreffend Zugang von guten Steuerzahlenden (Steuerertrag natürliche Personen)

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird mit den vorerwähnten Anpassungen stillschweigend genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

15. Protokoll Nr. 6 der GGR-Sitzung vom 12. Dezember 2013; Genehmigung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Zum vorliegenden Protokoll Nr. 6 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 6 der Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 12. Dezember 2013 wird genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

16. Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 13. Februar 2014; Genehmigung

Rahel Wagner (EVP): Ich habe noch Anmerkungen anzubringen:

① Seite 20/21 - Motion CVP/GLP-Fraktion betreffend Glasfasernetz in Ostermundigen
Meine Frage, welcher Rechnung der Ersatz der Kupferleitungen durch Glasfaserkabel letztendlich belastet wird, wurde bis dato nicht beantwortet. Die Frage ist immer noch ausstehend.

① Seite 33 - Motion EVP-Fraktion betreffend Ergänzung des Wahl- und Abstimmungsreglements (WAR)

Die folgende Textkorrektur ist im Wortlaut vorzunehmen:

...der Wahlurnen und der *Erwahrung* der Wahl- bzw. Abstimmungsergebnisse durch den Gemeinderat.

Tobias Weibel (FDP): Ich habe ebenfalls eine Anmerkung anzubringen:

① Seite 14 - Motion FORUM-Fraktion betreffend Standortänderung des Hangars

..Aus all diesen Gründen unterstützt die FDP.Liberale-Fraktion das gemeinderätliche Legislaturziel in dieser Angelegenheit.

Die Aussage stimmt nicht. Wir haben unser Vertrauen dem Gemeinderat ausgesprochen und hoffen, dass im Rahmen der Legislaturziele wir einen grossen Schritt weiterkommen werden.

Stimmzähler Andreas Burckhardt (Grüne): Mein Votum auf Seite 15 (Motion FORUM-Fraktion betreffend Standortänderung des Hangars) ist wie folgt zu ergänzen:

Im Motionstext wird der Gemeinderat aufgefordert, sich für einen neuen Standort einzusetzen. So wird der Standort "Hangar" in Frage gestellt, bevor ein besserer Standort gewiss ist. Der Motion werden wir deshalb nicht zustimmen.

Wir haben dem Postulat jedoch nicht der Motion zugestimmt.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Dem Votum von Rahel Wagner (EVP) kann ich folgendes anmerken: Wir werden die Frage nachträglich per E-Mail (Verteiler GGR) beantworten.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen zum Protokoll Nr. 1 mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 13. Februar 2014 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

10.6.03 Finanzkommission
20.2.01 Finanzkommission

17. Finanzkommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Auf Vorschlag der FDP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Michele Salvi (FDP) wird Pascal Bendoza (FDP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Mai 2014 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

10.6.06 Sozialkommission
60.0.000 Allgemeines

18. Sozialkommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Auf Vorschlag der SP/Grüne-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Jakob Weishaupt (SP) wird Manuela Schütz (parteilos) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Juli 2014 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Sozialkommission gewählt.

10.20.13 Tram Region Bern

19. Tram Region Bern: Ausführungsprojekt; Kreditbewilligung für die Linie 10

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Der Gemeindepräsident sowie die Departementsvorsteherin Tiefbau + Betriebe und der Departementsvorsteher Finanzen/Steuern werden ein Eintretensvotum bekannt geben.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir haben heute Abend über ein markantes Geschäft zu entscheiden. Die Auswirkungen werden für die Gemeinde Ostermundigen sehr breitgefächert sein. Im Vorfeld wurde bereits viel gesagt und geschrieben. Trotzdem ist es dem Gemeinderat ein Anliegen, dass Parlament auf die wichtigsten Punkte aufmerksam zu machen: Regula Unteregger wird sich zum Projekt, Erich Blaser wird sich zu den Finanzen und ich zum Thema Gemeindeentwicklung äussern.

Am Tisch des Gemeinderates sitzen noch weitere Auskunftspersonen. Es sind dies die Herren Rutz (Geschäftsführer TBF) und Schmid (Direktor BernMobil). Für fachliche Fragen können wir aus dem Vollen schöpfen.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Ich möchte mich kurz halten; im Vorfeld wurde bereits viel informiert. Wir entscheiden heute über ein sehr zentrales Projekt für die Gemeinde Ostermundigen. Im Jahre 2008 wurde mit einer Zweckmässigkeitsbeurteilung das Projekt gestartet. Die beste Variante liegt darin, die heutige Buslinie Nr. 10 mit einer Tramlinie zu ersetzen. Es wurde festgestellt, dass der öffentliche Verkehr nach Ostermundigen die Kapazitätsgrenze erreicht hat. Wir werden in Zukunft ein noch grösseres Kapazitätsproblem erleben.

Die Planung wurde als dann mit einem Vorprojekt gestartet. Es wurde eine Kerngruppe gebildet. Anschliessend wurde das Bauprojekt öffentlich aufgelegt. Heute Abend hat das Parlament nun über den Baukredit zu entscheiden.

Mit dem Tram soll primär das Kapazitätsproblem gelöst werden. Das "Tram Region Bern" wird einen wirtschaftlichen Impuls in der Region Bern auslösen. Bund und Kanton haben ebenfalls festgestellt, dass das Kapazitätsproblem des öffentlichen Verkehrs gelöst werden muss. Deshalb wurden die finanziellen Mittel von Bund und Kanton zur Verfügung gestellt.

Für Ostermundigen ist ebenfalls wichtig, dass mit dem "Tram Region Bern" ein Sanierungsprojekt "Ersetzen der Werkleitungen entlang der Bernstrasse" ausgelöst wird. Wir haben die grosse Chance, dass Synergien genutzt werden können. Die Zeit der Baustelleneinschränkungen durch die Hauptachse von Ostermundigen wird unabhängig der neuen Tramlinie eintreffen.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Die grosse resp. zentrale Frage die wie uns stellen müssen: Kann sich die Gemeinde Ostermundigen eine Tramlinie finanziell leisten? Die Finanzierung der Tramlinie wurde gründlich hinterfragt. Wir sind klar zum Schluss gekommen, dass die 28 Mio. Franken Kostenanteil der Gemeinde Ostermundi-

gen über die Mehrwertabschöpfungskonti getragen werden können. Der Stand der Mehrwertabschöpfung liegt heute bei 17,5 Mio. Franken. Der Gemeinderat hat sich bereit erklärt, diesen Topf voll und ganz für das Projekt "Tram Region Bern" zur Verfügung zu stellen. Die Prognoseentwicklung betreffend Mehrwertabschöpfung wird zusätzlich mit 4,6 Mio. Franken von weiteren Ein- und Umzonungen getragen. Somit sind wir bei rund 22 Mio. Franken (Steuerhaushalt) angekommen. Wir sprechen jedoch von 28 Mio. Franken. Die fehlenden 6 Mio. Franken sollen über den Gebührenhaushalt (Wasser/Abwasser) finanziert werden. Für die Sanierung der defekten Leitungen stehen rund 9 Mio. Franken zur Verfügung. Aus der Laufenden Rechnung wird ein Beitrag von rund 1 Mio. Franken einfließen.

Fazit

Die Gemeinde Ostermundigen kann das Tramprojekt finanzieren. Das einzige Risiko liegt bei den Kostenschätzungen von +/- 10 Prozent Kostenabweichungen. Die Erfahrungswerte von anderen Tramprojekten liegen vor. Es darf davon ausgegangen werden, dass das vorliegende Projekt sehr gut kalkuliert worden ist.

Für die Gemeinde Ostermundigen stellt das Tramprojekt ein sehr wertvolles Projekt bezüglich der Gemeindeentwicklung in den nächsten Jahren dar. Beim öffentlichen Verkehr sind wir an die Grenzen gestossen und deshalb müssen wir Änderungen im ÖV-Angebot vornehmen. Das Tramprojekt ist ein erster Schritt zur Behebung des Missstandes.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Der Gemeinderat hat am 9. April 2014 sehr intensiv die vorliegende Botschaft beraten. Ich möchte die entscheidenden Punkte des Ausführungsprojektes hervorheben:

- Das "Tram Region Bern" soll die Kapazitätsengpässe bei der Passagierbeförderung ausschalten.
- Wir sprechen nicht ausschliesslich von einem Sanierungsprojekt. Der heutige Strassenraum soll aufgewertet werden. Der Immobilienmarkt wird mit neuen Verkehrsträgern hellhörig resp. alte Liegenschaften werden vermehrt saniert oder sogar ersetzt.
- Das Kosten-/Nutzenverhältnis stimmt in einem angemessenen Verhältnis.
- Die Bahnhofunterführung kann endlich rollstuhlgängig ausgebaut werden.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP/GLP-Fraktion sagt ganz klar ja zum Tram. Endlich wird eine gute und finanzierbare Lösung für unser Verkehrsproblem in Ostermundigen angeboten. Rückblickend gilt es zu erwähnen, dass bereits im Jahre 2008 mit der Planung begonnen wurde. Über 20 verschiedene Varianten wurden aufgezeigt. Aber unser Problem ist die Bernstrasse ab der Dreieckanlage bis zur Waldeck. In diesem Abschnitt hilft nur eine neue Verkehrsführung. Bei allen Fahrgastumfragen wurde offen gelegt, dass die Passagiere auf der heutigen Fahrstrecke in Richtung Rosengarten/Salem-Spital/Viktoriaplatz und Zytglocken in die Stadt geführt werden sollen. Das ist die korrekte Streckenführung. Sollte eine andere Streckenführung gewählt werden, muss eine zusätzliche Buslinie in Betrieb gesetzt werden, um diese Quartiere zu erschliessen.

① Kapazitäten Tram und Bus

"Traue niemals einer Statistik, die du nicht selber gefälscht hast." Das Tram ist doppelt so lang und hat die erforderliche Kapazität. Wenn ich heute zu den Spitzenzeiten den Bus nehmen will, so finde ich keinen Platz. Dies hängt nicht von einer berechneten Anzahl ab; dieser Sachverhalt ist Tatsache. Das Tram hat viele Vorteile: Es beschleunigt schneller, hat viel mehr und viel breitere Türen sowie eine grössere Kapazität. Durch den Sachverhalt, dass wir nur noch halb soviel öffentlichen Verkehr auf unseren Strassen haben werden, wird sich mehr Platz für den Privatverkehr ergeben.

Das der Bau der neuen Tramlinie mit all seinen Nebenerscheinungen bei uns Angst auslöst, dass ist ganz normal. Dieses Angstgefühl muss ernst genommen werden. Mit Diskussionen und Informationen soll bei der Bevölkerung Verständnis für die Unannehmlichkeiten geschaffen werden.

Das "Tram Region Bern" ist ein regionales Projekt und löst nicht nur für die Gemeinde Ostermundigen viele Probleme. Es hilft auch der Stadt Bern. Der Bahnhof Bern soll ebenfalls entlastet werden. Es wird mehr Komfort im öffentlichen Verkehr geschaffen. Wir haben mehr Platz im Privatverkehr. Wir haben mehr Innovation und einen wahnsinnig attraktiven Umsteigeknoten im Bereich Bahnhof Ostermundigen.

Aus all den erwähnten Gründen handelt es sich beim Projekt um eine gute Sache. Wir befürworten das Geschäft.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Geschäft mit grosser Überzeugung zu. Was wir hier vor uns haben ist ein Jahrhundertprojekt, welches wir jetzt packen müssen. Der Schaden, den wir mit einer Ablehnung des Ausführungskredits anrichten würden, wäre unvorstellbar. Erstens müssen wir uns dessen bewusst sein, dass wir - neben Bern und Köniz - das zweitletzte Glied in einer langen Kette von Instanzen sind, welche bisher grünes Licht für den Tramlinienbau gegeben haben. Und zweitens würde unsere Gemeinde bei einer Ablehnung des Kredits in ihrer Entwicklung um Jahre zurückgeworfen und es ist fraglich, ob sie sich je davon erholen könnte.

Ich will in meinem Votum nicht mehr alle Vorteile dieses Projektes für unsere Gemeinde aufzählen. Davon haben wir genug gehört und gelesen. Es geht mir heute um etwas anderes.

Leider gibt es immer noch Stimmen, welche versuchen, den Bau der Tramlinie zu verhindern. Dafür werden Details herangezogen wie zum Beispiel weniger Parkmöglichkeiten, Staus im motorisierten Individualverkehr, Bäume die gefällt werden müssen, Strassen- und Trasseeführungen, die nicht optimal erscheinen etc..

Was noch sehr häufig angeführt wird, sind Zweifel an der Möglichkeit des Baus einer zweiten Tramachse in Bern. Teilweise sind diese angeführten Details bereits widerlegt, schon seit langem überholt oder wurden im Projekt berücksichtigt. Und oftmals sind die angeführten Behauptungen auch einfach falsch. Bei alledem fehlt schlichtweg der Blick über das ganze Projekt.

Wenn das Tram Region Bern wegen Details und Schlechtmacherei bachabgeschickt würde, wäre dies eine Katastrophe. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass beim vorliegenden Projekt Kompromisse gemacht werden mussten oder wünschenswerte Anpassungen aus di-

versen Gründen nicht realisiert werden konnten. Aber wo gibt es ein Projekt in dieser Grösse, wo es nicht auch Mängel gibt?

Wir müssen uns heute bewusst sein, dass wir die erste von den drei am Tram beteiligten Gemeinden sind, deren Parlament über den Ausführungskredit abstimmt. Somit haben wir eine Vorreiterrolle. Unser heutiges Signal ist ganz wesentlich für den Entscheid der andern beiden Gemeinden.

Ich bitte den Grossen Gemeinderat darum, Bern, Köniz und unserer stimmberechtigten Bevölkerung ein klares Zeichen **für** das Tram Region Bern zu geben und dem vorliegenden Kredit zuzustimmen.

Rudolf Mahler (SP): Das Projekt Tram Region Bern kannte schon von Anfang an in der SP/Grüne-Fraktion viele Befürworter. Die beiden Parteien haben das Potential dieses Projekts für Ostermundigen von Anfang an erkannt. Exponenten der beiden Parteien haben sich auf allen Ebenen von Anfang an für dieses Projekt eingesetzt und dafür gekämpft. Es ist also nicht erstaunlich, dass die Fraktion SP/Grüne/Gewerkschaften der Kreditvorlage zur Finanzierung des Kostenanteils für den Ostermundiger Ast vom Tram Region Bern im Umfang von 27,94 Mio. Franken einstimmig zustimmen wird. Es gibt auch gute Gründe dafür:

- Die Finanzierung ist ohne Steuer- oder Gebührenerhöhung gesichert;
- wir bezahlen nur rund 5 Prozent an das ganze Projekt;
- wir bekommen dafür aber eine 100%-ige Sanierung von wichtigen Teilen der Gemeindestrassen und
- ein zukunfts- und leistungsfähiges öffentliches Transportmittel;
- plus Sachen wie den grosszügigen ÖV-Knoten Bahnhof Ostermundigen, den wir so alleine nie finanzieren könnten und
- es gibt im Zentrum von Ostermundigen grosse Synergien für die Leitungssanierungen und Belagsarbeiten dank Tram Region Bern.

Das Tram Region Bern ist für Ostermundigen also eine grosse Chance. Ich hoffe, dass alle das so sehen und wir im Hinblick auf die Volksabstimmung ein starkes und positives Signal aussenden können.

Melanie Gasser (GLP): Für die GLP/CVP-Fraktion ist das Tram mehr als nur eine Lösung für den übersättigten öffentlichen Verkehr. Das Tram Region Bern ist viel mehr eine unglaubliche Chance für Ostermundigen. Es bringt die Entwicklung unserer Gemeinde in ganz neue Sphären. Mit dem Tram können wir nicht nur das neue Bahnhofsareal in Angriff nehmen, sondern mit all den Neugestaltungen, die das Projekt mit sich bringt, können wir in Ostermundigen endlich einen schönen Dorfkern entstehen lassen. Und noch viel mehr: Durch die bessere Erschliessung wird es entlang der Tramachse zu dem attraktiver für Private, Investitionen zu tätigen; dies sieht man nicht zuletzt am geplanten Bärenhochhaus. Aus all diesen Investitionen erhoffen wir uns, dass im Zentrum endlich raumplanerisch sinnvollere Gebäude entstehen können: Neubauten mit mehr als einem Stockwerk, so dass die Einzonerei ein Ende finden kann.

Und wenn ich schon bei einem grünen Thema bin: Ich wurde schon mehrfach angefragt, ob es uns als „grüne Partei“ nicht störe, dass so viele Bäume für das Projekt gefällt werden müssen. Es ist ganz klar, wann immer möglich setzen wir uns für den Erhalt von Baumbeständen ein. Aber im Fall des Tramprojekts gibt es mehr als einen Grund, wieso wir nachts trotzdem noch ruhig schlafen können:

1. Bei den besagten Baumalleen handelt es sich grösstenteils um Platanen. Platanen sind keine einheimischen Bäume und bekannterweise sind bereits 2/3 des Bestandes von Krankheiten befallen.
2. Es wird für jeden gefällten Baum mindesten ein neuer Baum gepflanzt. Insgesamt weist das Tramprojekt eine deutlich positive Baumbilanz auf.
3. Wenn man einen Blick ins Westside wirft, sieht man, wie die neuen Bäume gut und schnell gedeihen.

Und zum Schluss: Ein JA zum Tram ist ein JA zum öffentlichen Verkehr und dies liegt genau im Sinne des Buchstabens „G“ in unserer Abkürzung GLP. Ich hoffe auf ein deutliches JA im GGR!

Thomas Bendoza (FORUM): Das FORUM stimmt dem Ausführungskredit ebenfalls klar zu. Trotzdem haben wir noch zwei Bemerkungen/Fragen:

1. Kann sich die Gemeinde Ostermundigen das Projekt ohne Steuererhöhung leisten? Eine allseits verständliche und transparente Formulierung in der Abstimmungsbotschaft ist Voraussetzung für die Zustimmung des Souveräns.
2. Wie sieht die Risikolösung für den Rütitunnel aus? Uns ist der Tunnel in Rosshäusern als schlechtes Beispiel in den Sinn gekommen.

Tobias Weibel (FDP): Was haben wir alle in den letzten Monaten und Jahren, im Migros, Kaffees oder zu Hause über das Tram Region Bern diskutiert. Die FDP.Liberale-Fraktion hat in diesem Prozess die positiven Auswirkungen auf unsere Gemeinde erkannt, ohne die negativen Punkte - vor allem während der Bauzeit - jemals ausser Acht zu lassen. Diese Probleme haben wir auch durch die teils einseitige Berichterstattungen in den lokalen Medien oder durch die Haltung des Gemeinderates nicht vergessen. Es ist wichtig, dass der Verkehrsfluss über die Umfahrungsstrasse verbessert wird und auch die Öffnung des Schermenwegs dabei in Betracht gezogen wird.

Als in Bern die Marktgasse renoviert wurde, blieb ich oftmals stehen und habe mit Begeisterung dem Geschehen zugeschaut. Doch der Bau des Trams wird ein x-faches länger dauern und nicht alle Leute werden ihre Freude daran haben. Es ist wichtig, dass man diesen Leuten jederzeit ein Maximum an Verständnis entgegen bringt.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Kredit ebenfalls zustimmen. Wir möchten im Vorfeld allen Beteiligten einen grossen Dank für die bisherigen Tätigkeiten aussprechen.

Herr Zahno hat in der gestrigen „Berner Zeitung“ bereits prophezeit, dass der Grosse Gemeinderat dem Geschäft zustimmen wird. Also halten wir uns daran und sagen Ja zum Ausführungsprojekt.

Die Finanzen sind sicher ein grosses Problem im Zusammenhang mit dem vorliegenden Projekt. Die Kosten dürfen nicht ausufern und ein gutes Controlling ist von Nöten. Ich wünsche dem Tramprojekt ein gutes Gelingen!

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Der Frage Nr. 1 "Steuererhöhung" von Thomas Bendoza (FORUM) kann ich wie folgt beantworten:

In der Abstimmungsbotschaft wird die ganze Finanzierung gut und verständlich dargestellt. Das Hauptmerkmal der Botschaft an den Souverän wird der Inhalt der gemeinderätlichen Botschaft an den Grossen Gemeinderat (GGR) sein.

Ob eine Steuererhöhung nötig sein wird, kann zum heutigen Zeitpunkt nur schwierig beantwortet werden. Grundsätzlich geht der Gemeinderat davon aus, dass keine Steuererhöhung notwendig sein wird. Die Aufwendungen sowie die Steuererträge dürfen jedoch den heutigen Rahmen nicht über- resp. unterschreiten.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Noch eine Ergänzung zur Finanzierung des Projektes (siehe Botschaft Seite 14): Der Gemeinderat hat lange gebraucht, um transparent die Finanzierung der verschiedenen Töpfe darstellen zu können. Die grafische Darstellung in der Botschaft soll ebenfalls in der Abstimmungsbotschaft an den Souverän abgebildet werden. Bereits in der Geschäftsprüfungskommission wurde über weitere Informationen diskutiert.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Mir ist eine kleine Ergänzung sehr wichtig. Wenn wir heute Abend dem Geschäft zustimmen werden, dann ist es die Aufgabe des Büros des GGR (und Aufruf an alle!), für eine verständliche Abstimmungsbotschaft zu sorgen. Die heutigen Erkenntnisse sind in die Abstimmungsbotschaft einfließen zu lassen.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich kann es kurz machen; das Wesentliche wurde bereits erwähnt: Die SVP-Fraktion hat sich als Tramskeptiker mehrheitlich zum Pro Tram Region Bern eingestellt. Wir haben flüchtig eine Kosten-/Nutzenabrechnung für den Abschnitt Ostermundigen vorgenommen. Wir bekommen einen guten Gegenwert für unser Geld.

Joachim Rutz (Geschäftsführer TBF): Ich versuche die technische Frage zum Tunnelprojekt zu beantworten. Ein Tunnel ist immer eine spezielle Baustelle und mit besonderen Problemen behaftet. Im Rahmen der Planung haben wir bereits sehr früh die notwendigen Bodenuntersuchungen vorgenommen. Die Vermutungen betreffend Gesteinsarten wurden bestätigt. Es muss in diesem Abschnitt mit keinen speziellen Schwierigkeiten gerechnet werden.

Ebenfalls wurden die Abstützungen der Liegenschaften inkl. Garagen geprüft. Der Bau kann fachmännisch ohne grosse Probleme vollzogen werden.

Die Risiken liegen in anderen Aspekten. Im Bewilligungsverfahren müssen die entsprechenden Nachweise erbracht werden.

Die Kostenrisiken wurden eingehend beleuchtet resp. kalkuliert. Die Gemeinde Ostermundigen hat an den Bau des Rütitunnels einen Pauschalbetrag von 1,55 Mio. Franken zu leisten, d. h. das Kostenrisiko liegt ausschliesslich bei der Bauherrschaft.

Die Frage des Kostencontrollings muss bei einem Projekt in dieser Grössenordnung zentral betrachtet werden. Wir haben das Glück, dass wir auf Referenzprojekte zurückblicken können. Die Projektkredite K1 und K2 konnten im vorgesehenen Kostenrahmen bereits abgerechnet werden. Die vorliegenden, guten Unterlagen sollen Mithelfen, den Kostenrahmen einzuhalten. Mit einem regelmässigen, monatlichen Controlling sollen die Ausführungsprojektkosten im Griff gehalten werden können.

1. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Zur Bemerkung von Ernst Hirsiger (SVP) betreffend "Geisterstadt": Wenn das Tramprojekt abgelehnt wird, verkommt die Gemeinde Ostermundigen nicht automatisch zur Geisterstadt.

Erlaubt sei mir hier folgender volkswirtschaftliche Aspekt: Jeder erwirtschaftete Franken im Kanton Bern wird zu mehr als der Hälfte in Bern und Agglomeration erwirtschaftet. Es braucht hier eine gute und funktionierende Infrastruktur. Ich glaube, es sollte im Interesse von uns allen sein, dass der Kanton Bern uns zu den Nettozahlenden zählt. Deswegen ist es wichtig, dass sinnvolle Projekte gefördert werden, zumal die Bundes- und Kantonsbehörden diese Fördergelder bereits gesprochen haben. Zum anderen ist es auch eine Frage der Standortattraktivität: Wenn das Projekt letztendlich abgelehnt wird, wohin fliessen die Projektgelder dann? Die Städte Zürich, Basel oder Genf werden diese Gelder mit Vorliebe entgegennehmen.

René Schmid (Direktor BernMobil): Besten Dank für das Lob sowie die gute Aufnahme des Projektes. Uns war es stets ein grosses Anliegen, die Bevölkerung ernst zu nehmen und transparent und umfassend zu informieren. Die Kommunikation ist bei einem solch grossen Projektvorhaben ein sehr wichtiger Faktor. Die Erfahrungen beim Tram Bern West haben gezeigt, dass es während der Bauphase enorm wichtig ist, Spezialisten für die Information der Bevölkerung vor Ort zur Verfügung zu stellen. Die Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses oder das Deponieren des Kehrichtsackes am Strassenrand sind während der Bauphase wichtige Mosaiksteinchen. Im Projekt Tram Region Bern soll die gleiche Informationspolitik eingesetzt werden. Die Bauzeit wird für alle Beteiligten nicht einfach sein.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Eine Frage betrifft die zwei Beiträge von je 1,55 Mio. Franken an die beiden ÖV-Knotenpunkte (Rütitunnel + Bahnhofunterführung). Die Gemeinde Ostermundigen profitiert von diesen beiden Kunstbauten mehr als die zwei anderen Gemeinden. Aus diesem Grund hat sich der Gemeinderat bereit erklärt, dafür finanzielle Zusatzleistungen zu tragen. Da die beiden Beträge gleich hoch sind, ist diesen Verhandlungen zuzuschreiben.

Lucia Müller (SVP): Ich bin nach wie vor noch nicht überzeugt vom Projekt Tram Region Bern. Ich habe eine Frage zur Verkehrssicherheit des Individualverkehrs im Abschnitt Rosen-

garten/Galgenfeld: Wie werden die Tramschienen bei misslichen Strassenverhältnissen (Schneefall, starker Regen) überquert? Das Trasse muss so ausgerichtet werden, dass die Fahrzeuge auf der normalen Fahrspur - neben den Tramschienen - geführt werden.

René Schmid (Direktor BernMobil): Das Tram fährt zum Teil im Eigentrassee und zum Teil im Mischverkehr. Im Mischverkehr kommt es vor, dass Fahrzeuge die Schienen überqueren müssen. Wir haben in der Stadt Bern in Richtung Fischermätteli (an der Brunnmattstrasse) eine ansteigende Strassenführung mit Mischverkehr. Auf diesem Strassenabschnitt wurden bis heute jedoch keine besonderen Schwierigkeiten bei schlechten Wetterverhältnissen festgestellt.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr zum Geschäft vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 31 zu 1 Stimmen (1 Enthaltung) den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Für die Realisierung des Projektes „Tram Region Bern“, Linie 10, wird ein Kredit von insgesamt CHF 27,94 Mio. (inkl. MWST, Preisstand 2012 Bauteuerungsindex II) bewilligt, davon
 - CHF 21,66 Mio. zulasten des Steuerhaushaltes für die Projektbestandteile Anteil Haltestellen, Strassenbau im Projektperimeter von Tram Region Bern, Beitrag an die Unterführung Bahnhof, Begleitungshonorare Realisierung;
 - CHF 6,28 Mio. zulasten des Gebührenhaushaltes (Spezialfinanzierung Wasser/Abwasser).
2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass bei Ablehnung des Kostenanteils Linie 10 in der Gemeinde Köniz und bei Annahme der Kostenanteile in den Gemeinden Bern und Ostermundigen, der Ast nach Ostermundigen gemäss Auflageprojekt realisiert wird.
3. Es wird davon Kenntnis genommen, dass bei Ablehnung der Kostenanteile Linie 10 in Bern das Projekt Tram Region Bern nicht realisiert werden kann, da beide Äste über das Stadtgebiet verbunden sind.
4. Dieser Beschluss unterliegt der Gemeindeabstimmung.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Besten Dank für die Zustimmung. Bereits im Jahre 1930 wurde über eine Tramlinienführung nach Ostermundigen debattiert. Heute, im Jahre 2014 hat das Parlament von Ostermundigen dem Jahrhundert- bzw. Generationenprojekt zugestimmt - besten Dank für das Vertrauen in den Gemeinderat. Wir werden mit der gleichen Sorgfaltspflicht und Engagement das Bauprojekt Tram Region Bern begleiten. Der Grosse Gemeinderat Ostermundigen hat dem Tramprojekt grünes Licht erteilt. Wir wollen die Chance packen und die Bevölkerung über die Vorteile des Projekts ins Bild setzen, damit der Souverän am 28. September 2014 ebenfalls Ja zum Tram Region Bern sagen kann.

10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

20. Verwaltungsbericht 2013; Genehmigung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über den Verwaltungsbericht zu führen. Über allfällige Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 5 der Gemeindeordnung des GGR (GO GGR) hat das Parlament sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

GPK-Präsident Ernst Hirsiger (SVP): Ich habe je eine Anmerkung zu:

① Seite 14 - 3.1. Motionen

Die überparteiliche Motion betreffend Einführung der parlamentarischen Initiative wurde am 20.3.2012 erheblich erklärt.

① Seite 20 - 1.11 Überparteiliche Motion betreffend Einführung der parlamentarischen Initiative

Die Motion wird bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung umgesetzt. Die Geschäftsprüfungskommission möchte wissen, wann ungefähr mit der nächsten Revision/Teilrevision gerechnet werden darf?

Silvia Fels (EVP): Die EVP-Fraktion dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die motiviert und mit viel Engagement an ihrem Arbeitsplatz in irgendeiner Form dazu beigetragen haben, dass die Aufgaben der Gemeinde im 2013 erfüllt werden konnten.

Im Verwaltungsbericht kommt wieder einmal mehr zum Ausdruck, welche grosse Arbeit dahinter steckt, eine Gemeinde in der Grössenordnung von Ostermundigen zu führen und in Allem die Übersicht zu behalten. Gerade die beiden Abteilungen Soziales und Vormundschaft, die neben der täglichen Arbeit mit und am Menschen noch die grosse Herausforderung des Zusammenschlusses in die Abteilung Soziales gemeistert haben, gehört ein grosses Lob. Dasselbe gilt auch für die zusammengelegte Abteilung Tiefbau und Betriebe. Aber auch sonst wurde einiges in unserer Gemeinde bewegt.

Sandra Löhner (CVP): Die CVP/GLP-Fraktion wird dem Verwaltungsbericht 2013 in der vorliegenden Fassung zustimmen. Ich kann mich der Vorrednerin anschliessen. Uns ist es wichtig, allen Verfasserinnen und Verfasser des Verwaltungsberichtes zu danken. Es ist doch schön, dass wir zurückblicken können, wie resp. was die Verwaltung im letzten Jahr gearbeitet hat.

Martin Studer (SVP): Als ehemaliger Gemeindemitarbeiter kenne ich das jährliche Verfassen des Verwaltungsberichtes bestens. Die Motivation für den Verwaltungsbericht hält sich bei den Mitarbeitenden in Grenzen. Ich möchte mich kurz halten: Der Verwaltungsbericht 2013 sieht gut aus und die Aufmachung wird dankend zur Kenntnis genommen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Besten Dank für die Rückmeldungen zum Verwaltungsbericht.

Auf die Frage des GPK-Präsidenten kann ich folgendes mitteilen: Der Gemeinderat kennt zurzeit keinen Fahrplan für eine notwendige Revision oder Teilrevision der Gemeindeordnung. Erst per 1.1.2013 wurde die Gemeindeordnung letztmals revidiert. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass eine Teilrevision nur aufgrund der ausstehenden Motion nicht notwendig ist.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Der Verwaltungsbericht kann nun departementsweise beraten werden.

Christian Zeyer (SP): Besten Dank für die Erarbeitung des Verwaltungsberichts 2013. Der Bericht ist wiederum sehr informativ ausgefallen. Es gibt jedoch auch Mitarbeitende, welche nicht sehr viel Freude am jährlichen Verfassen des Verwaltungsberichtes verspüren.

- ① Seite 19 - 1.6 Motion SP-Fraktion vom 11. Dezember 2008 betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig

Ich zitiere zu diesem parlamentarischen Vorstoss aus dem Verwaltungsbericht 2009 die Antwort wie folgt: *Bereits bei der Überweisung der Motion war offensichtlich, dass die Motionäre und der Gemeinderat grundsätzlich keine unterschiedlichen Auffassungen zum Thema haben. Bereits in der Beantwortung hat sich der Gemeinderat explizit bereit erklärt, nach den Vorgaben des übergeordneten Rechts eine eigene, verwaltungsübergreifende Richtlinie auszuarbeiten, in welcher alle Verwaltungsabteilungen verpflichtet werden, die Anliegen der Umwelt und Energieeffizienz in allen zukünftigen Ausschreibungen gebührend einfließen zu lassen.*

Seit dann finden sich jährlich ähnliche Formulierungen. Der Text im Verwaltungsbericht 2013 lautet: *Ende 2011 lief das Energiekonzept 2008 aus. Darum wird das Energiekonzept in einen Richtplan Energie mit den Zielen der Vision der 2'000-Watt-Gesellschaft überführt. Der Richtplan Energie wird auch Einfluss auf die Beschaffung der Gemeinde haben. Die Motion soll nach der Einführung des Richtplans Energie erfüllt werden.*

In diesem Bereich bin ich bekanntlich beruflich unterwegs. Ein Richtplan sagt sehr viel darüber aus, wie eine Beschaffung in nachhaltiger Art und Weise vorgenommen werden muss. Energie ist nicht identisch mit Umwelt, sondern geht weit darüber hinaus. Die Nachhaltigkeit verlangt, dass auch die sozialen Aspekte berücksichtigt werden müssen.

Ich bin mit der vorliegenden Beantwortung des Gemeinderates nicht zufrieden. Ich bin verärgert darüber, dass seit dem Verwaltungsbericht 2010, 2011, 2012 und 2013 immer die gleiche Formulierung verwendet wird und zwischenzeitlich nichts unternommen wurde.

Entschuldigung, Thomas, wir haben bereits im letzten Jahr über diesen Missstand gesprochen. Nun bin ich wirklich verärgert darüber, dass nicht einmal der Text des Verwaltungsberichts aussagekräftiger gestaltet worden ist.

1. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Ich habe eine Anmerkung zu:

- ① Seite 19 - 1.9 Überparteiliche Motion vom 27. Oktober 2011 betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen

Aus der gemeinderätlichen Botschaft ist ersichtlich, dass diese Motion heute Abend abgeschrieben werden soll, obwohl mit der Post noch kein Kontakt stattgefunden hat. Die Motionäre haben jedoch die Gespräche mit den Verantwortlichen der Post ausdrücklich verlangt. Wir haben da wieder einmal den Fall, dass ein politischer Vorstoss vom Gemeinderat nicht behandelt worden ist, jedoch bereits abgeschrieben werden soll.

Aus diesem Grund stelle ich den **Änderungsantrag Nr. 1**, die überparteiliche Motion vom 27. Oktober 2011 betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen **nicht** abzuschreiben.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Zur Kritik von Christian Zeyer (SP) möchte ich folgendes erwähnen: Die Kritik nehme ich so entgegen. Seine Aussage stimmt, der Gemeinderat ist sich dieser Baustelle bewusst. Die Thematik muss losgelöst vom Richtplan Energie in Angriff genommen werden.

Die Kritik von Bruno Grossenbacher (SP) betreffend die Poststellen in Ostermundigen ist nur bedingt richtig. Der Gemeinderat ist mehrmals mit den Verantwortlichen der Post in Verbindung getreten. Es ist nicht realistisch, dass das Poststellenangebot in Ostermundigen erhöht wird. Der Gemeinderat will sich nicht von der Aufgabe entbinden, er sieht nur keine Erfolgsaussichten.

Peter Blaser (SP): Ich möchte mich ebenfalls zu diesem politischen Vorstoss noch äussern:

- ① Seite 19 - 1.9 Überparteiliche Motion vom 27. Oktober 2011 betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen

Mit dieser Motion wurde der Gemeinderat beauftragt, sich bei der Schweizerischen Post für die Erhaltung der Poststelle "Unterdorf" oder für eine Wiedereröffnung einer zweiten Poststelle im östlichen Siedlungsbereich einzusetzen. Anstelle der ehemaligen Poststelle 2 gibt es heute eine neue Postfiliale im Migros-Zentrum, welche ein eingeschränktes Postangebot dafür attraktive Öffnungszeiten anbietet.

Wir können davon ausgehen, dass es eine Illusion ist, die Poststelle 2 an ihrem alten Standort wieder in Betrieb zu setzen. Wir haben in unserer Fraktion das Thema diskutiert. Wir sind zur Auffassung gekommen, dass die Poststelle 1 an der Bernstrasse 28, die sich am Stadtrand zu Bern befindet, mittel- bis langfristig in das Ortszentrum von Ostermundigen zu verschieben ist. Es könnte durchaus Sinn machen, dass die Gemeinde versucht, die Post bei der Planung des neuen Verwaltungs- und Dienstleistungszentrums mit ins Boot zu nehmen. Das würde aber bedeuten, dass der Gemeinderat möglichst schnell mit der Post in Kontakt zu treten hätte.

Die SP/Grüne-Fraktion wird in diesem Zusammenhang voraussichtlich an der nächsten GGR-Sitzung einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss einreichen.

Christian Zeyer (SP): Eine Anmerkung zu:

- ① Seite 20 - Punkt 1.12 - Überparteiliche Motion vom 28. Juni 2012 betreffend Entwicklung entlang der Bahnlinie Ostermundigen

Hier handelt es sich um eine einstimmig überwiesene Motion, die die Entwicklung entlang der Bahnlinie Ostermundigen in Gang bringen will. Dass das ehemalige Aciferareal mittels einer Testplanung vorangetrieben werden soll, können wir akzeptieren. Doch entlang der Bahnlinie gibt es noch viel mehr Potenzial. Unter anderem entlang der Gerbestrasse liegt noch viel Potenzial brach.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Im Zusammenhang mit dem Richtplan ESP Bahnhof (aus dem Jahre 1996) ist sich der Gemeinderat bewusst, dass der ganze Siedlungsrichtplan überarbeitet werden muss. An der nächsten GGR-Sitzung kann das Geschäft "Raumentwicklungs-Wegweiser 2025" diskutiert werden. Die Bewirtschaftung muss von der Unterführung Obere Zollgasse bis zur Unterführung Moosweg überprüft werden. In diesem Zusammenhang muss der strategisch übergeordnete ESP-Perimeter erweitert werden.

Wir sind uns bewusst, dass die Planung sukzessive angegangen werden muss. Der vordere Teil entlang des Dammweges wird durch verschiedene Bautätigkeiten blockiert sein.

Rahel Wagner (EVP): Wie sollen die Liegenschaftsbesitzer mit ins Boot geholt werden? Entlang der Gerbestrasse wurden bereits Liegenschaften saniert. Welche Informationspolitik sieht der Gemeinderat vor?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Das Parlament muss dem Gemeinderat das Einverständnis für die Grundstossrichtung geben. In diesem Zusammenhang soll der "Entwicklungswegweiser 2025" an der GGR-Sitzung vom 3. Juli 2014 vom Parlament verabschiedet werden. Als dann kann der Gemeinderat das Gebiet Parzelle um Parzelle untersuchen und in einem zweiten Schritt die Grundeigentümer mit ins Boot nehmen.

Vielleicht ist dies einfacher gesagt als getan! An der Gerbestrasse hat bereits vereinzelt eine Entwicklung stattgefunden. Es gibt Liegenschaften, die in einem guten Zustand sind. Wir wollen die Grundeigentümer ansprechen, die nicht so gut zu ihren Liegenschaften schauen. Der Nachweis muss erbracht werden. Die Überbauungsvorschriften müssen vielenorts korrigiert resp. angepasst werden, damit die Liegenschaften in die Höhe ausgebaut werden können. Der Wegweiser 2025 wird für die Zukunft resp. Entwicklung der Gemeinde Ostermundigen massgebend sein.

→ Nicht fürs Protokoll resp. für die Medien:

Der Gemeinderat überlegt sich zusammen mit der Wirtschaftsförderung kantonal und regional den Weg, wie die Liegenschaftseigentümer mit ins Boot geholt werden können. Die Schwierigkeiten liegen vielfach bei den verschiedenen Eigentümerverhältnisse pro Liegenschaft (Stockwerkeigentum). Gute Vorschläge aus dem Plenum nehme ich gerne entgegen.

Andreas Thomann (SP): Ich habe eine Anmerkung zu:

① Seite 31 - Punkt 6.9 SBB-Tageskarten

Im Verwaltungsbericht wird die Entwicklung der unpersönlichen Tages-GA der Jahre 2011 bis 2013 aufgezeigt. Die Geschichte der Tageskarten geht auf einen parlamentarischen Vorstoss von Peter Blaser (SP) ins letzte Jahrhundert zurück; auch ich war damals schon ein Parlamentsmitglied. Diese lange Geschichte zeigt, dass das Parlament stets Rücksicht auf die Anzahl der abzugebenden Tageskarten Rücksicht nahm. Im Jahr 2001 konnte die Auslastung der Tages-GA von 92 auf 95 Prozent erhöht werden. Schlussendlich wurde im Jahre 2006 die letzte Erhöhung von 6 auf 10 Stück vorgenommen. Fast zehn Jahre später ist es an der Zeit, die Stückzahl erneut zu erhöhen. Zumal die Bevölkerungszahl stetig anwächst und heute die Auslastung beinahe bei 99 Prozent liegt. Aus diesem Grund möchte ich ein **Postulat gemäss Art. 53 Abs. 5 der GO GGR** mit folgendem Wortlaut einreichen:

Der Gemeinderat wird gebeten, die Anzahl der SBB-Tageskarten auf 12 Stück zu erhöhen.

Der Aufwand der Tages-GA liegt im Jahre 2013 bei rund Fr. 114'000.-- und der Ertrag bei rund Fr. 131'000.--. D. h. mit dem Ertragsüberschuss können durchaus zwei zusätzliche SBB-Tageskarten angeboten werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die SBB-Tageskarten sind eine Erfolgsstory. Eine kleine Korrektur möchte ich noch erwähnen: Die Rechnung mit Aufwand/Ertrag kann nicht so einfach interpretiert werden. Es gibt auch Mitbürgerinnen und Mitbürger, die kein Verständnis für die Bewirtschaftung der Tageskarten aufbringen können. Es kommt immer wieder vor, dass reservierte SBB-Tageskarten nicht abgeholt werden. Gewisse Spielregeln müssen eingehalten werden. Auch die nicht abgeholt Tageskarten müssen von den Bestellern bezahlt werden.

Rahel Wagner (EVP): Hier wurde ein Postulat eingereicht, welches der Gemeinderat zu prüfen hat. Anschliessend wird das Postulat an der übernächsten Sitzung dem Parlament zur Erheblicherklärung bzw. Ablehnung vorgelegt.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Nein, hier handelt es sich um ein sogenanntes "unselbständiges Postulat". Das Parlament hat über das Postulat gemäss Art. 53 Abs. 5 der GO GGR von Andreas Thomann (SP) sofort abzustimmen. Ich zitiere nochmals den Wortlaut:

Der Gemeinderat wird gebeten, die Anzahl der SBB-Tageskarten auf 12 Stück zu erhöhen.

A b s t i m m u n g

Das Postulat gemäss Art. 53 Abs. 5 der GO GGR von Andreas Thomann (SP) wird mit 30 zu 0 Stimmen angenommen.

Priska Zeyer (parteilos): Ich habe ein Frage zu:

- ① Seite 37 - 1.6 Tagesschule

Der Ausbau der Tagesschule wird erwähnt. Führt die Abteilung Bildung, Kultur, Sport eine längerfristige Planung über die zu erwartenden Schülerzahlen?

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Das Thema ist in unserer Abteilung brandaktuell. Auch die Kindergartenplanung beschäftigt uns fast täglich. Die Abteilung Hochbau wurde mit den Planungen für je einen Ausbau in der Schulanlage Mösli und Rüti beauftragt. Auch in der Schulplanung sind wir am Ball. Es müssen 300 Kinder in die Tagesschulen aufgeteilt werden.

Rudolf Mahler (SP): Wir möchten noch zusätzliche Informationen zu zwei Tätigkeiten:

- ① Seite 46 - 2.1 Bautätigkeit und Statistik

Das Baugesuch für ein Industriegebäude Kablan am Schwandiweg 21 wurde dem Kanton zur Vorprüfung eingereicht. Die Profile wurden bereits aufgestellt und es ist ein Gebäude mit grossem Volumen vorgesehen. Es ist positiv zu werten, dass die Arbeitsplätze in Ostermundigen verbleiben werden. Doch dieses massive Volumen sollte so gut wie möglich ins Landschaftsbild eingebettet werden. Wie will der Gemeinderat der Landschaftsverträglichkeit gerecht werden?

- ① Seite 50 - 4.4 Werkhof, Forelstrasse 5

Nach knapp 10 Betriebsjahren müssen die Vordächer bereits saniert werden. Meines Erachtens ist es weniger als 10 Jahre her, seit der Werkhof seinen Betrieb am neuen Standort aufgenommen hat. Sprechen wir da nicht von einem sogenannten "verdeckten Mangel"? Dieser müsste von der Bauherrschaft als Garantieleistung repariert werden. Auch die Folien auf dem Flachdach lösen sich bereits, sind löchrig und das Regenwasser fliesst durch. Diese Ursache konnte bereits während der Bauphase festgestellt werden. Ein typischer Fall wo der Unternehmer dafür geradestehen muss.

Christian Zeyer (SP): Ein Frage zur Klärung auf:

- ① Seite 49 - 3.11 Kindertagesstätte

Im Kellergeschoss wurde ein Raum gegen die Feuchtigkeit saniert. Der Raum wurde umgebaut und kann heute als Spielzimmer benutzt werden. D. h. der Raum wurde von einem vermutlich unbeheizten Raum in einen beheizbaren Raum umgebaut. Wurden die Umbauten einwandfrei und energiegerecht (Energistadt-Label) vorgenommen?

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Zu den zwei Fragen von Rudolf Mahler (SP) kann ich folgende Antworten erteilen:

1. Baugesuch Schwandiweg 21

Das Baugesuch wurde anfangs 2013 mit Modellen und den notwendigen Plänen der Ästhetischen Kommission vorgestellt. Sie hat daraufhin das Projekt als gut und realisierbar befunden. Die Farbgestaltung der Fassade musste noch optimiert werden. Das Bauvorhaben wird der Umgebung angepasst. Die Bauherrschaft ist sich dessen bewusst.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Überbauungsordnung "Schwandi" ist momentan beim Kanton zur Vorprüfung. Der Gemeinderat kann momentan keine Auskunft zum aktuellen Stand des Baugesuches abgeben. Wir stehen mit dem Kanton in Kontakt. Die Überbauungspläne passen sich den landschaftlichen Gegebenheiten an. Die Profile zeigen ein relativ langes Gebäude an. Entsprechend muss die Umgebungsgestaltung angepasst werden. Mehr dazu kann nach Vorliegen des Vorprüfungsberichts gesagt werden.

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Zur zweiten Frage von Rudolf Mahler (SP) betreffend Garantieleistungen am Werkhofgebäude:

Der Sachverhalt ist für die Gemeinde unglücklich verlaufen. Die Fertigstellung des Werkhofs resp. die Inbetriebnahme des Werkhofs fand im Jahre 2000 statt. Bei der Feststellung der verschiedenen Mängel ist die Garantiefrist bereits abgelaufen. Aus diesem Grund muss die Gemeinde Ostermundigen die anstehenden Sanierungskosten übernehmen. Die Garantiefrist kann nicht mehr beansprucht werden.

Zur Frage von Christian Zeyer (SP) betreffend Kindertagesstätte:

Beim Disponibelraum handelt es sich nicht um ein beheiztes Spielzimmer. Wir sprechen da von einem Pausen- und Aufenthaltsraum bei schlechtem Wetter im Kellergeschoss. Die Aussenwände wurden gegen die Feuchtigkeit saniert. Der Raum ist nicht beheizbar. Es wurden nur die notwendigsten Sanierungsarbeiten vorgenommen.

Eduard Rippstein (CVP): Eine Anmerkung zum Werkhofdach (Seite 50):

Nach dem letzten Bundesgerichtsentscheid können nicht feststellbare Mängel auch nach Ablauf der Garantiezeit der Bauherrschaft in Rechnung gestellt werden. Es wäre spannend zu verfolgen, wenn die Abteilung Hochbau resp. die Gemeinde Ostermundigen der Bauherrschaft eine entsprechende Rechnung stellt, bevor die Gemeinde mit der Bauherrschaft den Gang vor ein Gericht in Erwägung zieht.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Liegen noch allgemeine Wortmeldungen zum Verwaltungsbericht 2013 vor? Ich kann noch mitteilen, dass Bruno Grossniklaus (SP) seinen **Änderungsantrag** *die überparteiliche Motion vom 27. Oktober 2011 betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen* **nicht** abzuschreiben in der Zwischenzeit zurückgezogen hat.

Christian Zeyer (SP): Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, die überparteiliche Motion vom 27. Oktober 2011 betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen nicht abzuschreiben.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Der Änderungsantrag wurde vorhin von Bruno Grossniklaus (SP) zurückgezogen. Zum Verwaltungsbericht 2013 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2013 wird genehmigt. (→ 32 zu 0 Stimmen)
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2013 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 mit Änderungen vom 27. Oktober 2011 wird folgender parlamentarischer Vorstoss als erledigt abgeschrieben:
 - Überparteiliche Motion betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen (→ > 21 zu 9 Stimmen)

¹⁾

¹⁾ Der 1. Vizepräsident Bruno Grossenbacher (SP) verlässt ohne vorgängige Ankündigung um 19.55 Uhr

20.3.01 Jahresrechnungen

21. Gemeinderechnung 2013; Genehmigung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über die Gemeinderechnung als solches zu führen. Über allfällige Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 5 der Gemeindeordnung des GGR hat das Parlament sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Hier ist nun der zweite Rechnungsabschluss unter meiner Führung, jedoch darf ich dem Parlament heute eine komplett neue Darstellung der Gemeinderechnung 2013 unterbreiten. Das Ergebnis, welche sie nun in gebundener Form erhalten haben, verdanken wir unserem neuen Finanzverwalter, Niels Arnold, welcher die Rechnung inkl. Vorbericht 2013 neu so dokumentiert. Diese neue Form der Präsentation der Rechnung ist viel besser lesbar, übersichtlicher, verständlicher und aussagekräftiger. Aufwand und Ertrag werden in Zahlen und Prozentwerte angegeben und Voranschlag und Vorjahresrechnung werden gegenübergestellt. Neu finden sie auch die Finanzkennzahlen des Kantons Bern im Vergleich zu Ostermundigen und zwar dargestellt in Form von Diagrammen.

Ich hoffe, dass auch ihnen, werte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die neue Präsentation der Gemeinderechnung 2013 gefällt. Kritik und Anregungen aber auch Lob nehmen wir gerne entgegen.

Die Gemeinderechnung 2013 schliesst bei einem Aufwand von CHF 100,3 Mio. und einem Ertrag von CHF 99,6 Mio. mit einem Aufwandüberschuss von CHF 0,7 Mio. ab. Im Voranschlag war ein Aufwandüberschuss von CHF 1,9 Mio. vorgesehen. Die Rechnung weist somit ein um CHF 1,3 Mio. besseres Ergebnis als budgetiert aus. Der Aufwandüberschuss von CHF 0,7 Mio. wird dem Eigenkapital belastet. Dieses wies per Ende 2013 somit noch einen Saldo von CHF 7,7 Mio. aus.

Die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen bleibt weiterhin sehr angespannt. Das relative gute Rechnungsergebnis kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Besserstellungen, vor allem bei den Steuererträgen, oft auf periodenfremde und/oder ausserordentliche Ereignisse zurückzuführen waren. So fanden bei den Steuerteilungen der juristischen Personen zugunsten der Gemeinde der grösste positive Effekt statt, da der Kanton rückwirkend für die Jahre 2008 und 2009 grosse Veranlagungen abschloss. Die Entwicklung der Einkommenssteuer für natürliche Personen stieg zwar moderat an, konnte aber die prognostizierten Erwartungen nicht erfüllen.

Die Rechnung 2013 wurde vom ROD geprüft (siehe Seite 91 der Gemeinderechnung 2013). Die Abteilung Finanzen/Steuern hat gute Arbeit geleistet, herzlichen Dank dafür. Wir dürfen uns aber nicht auf dem halbwegs guten Ergebnis ausruhen. Wir müssen weiterhin sparen, sparen, sparen! Für Fragen aus dem Parlament stehen der Finanzverwalter und ich zur Verfügung.

GPK-Sprecher Rudolf Kehrli (SP): Das GPK-Protokoll liegt vor und es sind keine weiteren Aussagen dazu zu machen. Für die Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Parlament, der vorliegenden Rechnung zuzustimmen.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP/GLP-Fraktion stimmt dem Geschäft in der vorliegenden Form zu. Die neue Form der Gemeinderechnung ist viel leserlicher und auch für Laien verständlicher. Der Abteilung Finanzen/Steuern gebührt ein Dankeschön.

Rahel Wagner (EVP): Der Trend der vorhergehenden Rechnungsjahre setzt sich fort: Einmal mehr schliesst die Rechnung unserer Gemeinde besser ab als erwartet. Das führt dazu, dass die in den Finanzplänen gerechnete Abnahme des Eigenkapitals weniger schnell voranschreitet als angenommen. Dies ist als sehr positiv zu werten. Auch erfreulich ist, dass die Investitionen zu 95 % mit eigenen Mitteln finanziert werden konnten und laut Botschaft Seite 40 die Verschuldung nicht zugenommen hat. Offenbar waren genügend Vermögenswerte vorhanden, um die fünf fehlenden Prozente (rund ½ Mio. Franken) aufzufangen.

Aus den Finanzkennziffern ist ersichtlich, dass unsere Gemeinde teils im guten und teils im mittleren Bereich liegt. Richtig schlechte Werte haben wir glücklicherweise nicht. Allerdings liegen wir mit einem Harmonisierten Steuerertragsindex (HEI) für das Jahr 2013 mit 94,7 % unter dem wünschbaren Wert von 100 % oder mehr. Dies weist auf eine unterdurchschnittliche Ertragskraft unserer Gemeinde hin.

Im Jahr 2008 hatten wir einen HEI von 104,8 % und nun ist dieser um 10,1 % gefallen. Trotz der durch die rege Bautätigkeit stetigen Zunahme der Bevölkerungszahl hat sich der HEI stark verschlechtert. Das weist darauf hin, dass die Steuerkraft der Neuzuzüger von der Gemeinde überschätzt wurde. Allerdings ist anzunehmen, dass sich viele Zuzüger und auch bereits bisher in Ostermundigen wohnhafte Personen durch den Kauf von Wohneigentum verschulden mussten. So zahlen diese nach einem Kauf von Wohneigentum zum Teil weniger Steuern als vorher. Es ist zu hoffen, dass sich dies mit den Jahren wieder ausgleicht. Jedenfalls darf bezüglich der Steuern nicht zu optimistisch budgetiert werden.

Die EVP-Fraktion war über die Neugestaltung der Rechnung durch den neuen Abteilungsleiter Finanzen/Steuern, Arnold Niels, sehr positiv überrascht. Die Botschaft ist darin integriert und viel übersichtlicher gestaltet. Herzlichen Dank! Auch dem Gemeinderat und dem Verwaltungspersonal gehört ein Dank. Aus den Zahlen der Rechnung ist ersichtlich, dass grosse Anstrengungen unternommen wurden, das Defizit geringer als budgetiert zu halten.

Die EVP-Fraktion wird die Rechnung 2013 sowie den notwendigen Nachkredit genehmigen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion verdankt dem Gemeinderat und der Verwaltung die sauber geführte Rechnung 2013 und die GGR-Botschaft inkl. dem aufschlussreichen Vorbericht zur Rechnung. Die überarbeitete Form der Jahresrechnung gefällt und hat deutlich an Lesbarkeit gewonnen.

Für Finanzverantwortliche auf der ganzen Welt ist es einfacher, eine Rechnung zur Genehmigung vorzulegen, welche besser abschliesst als der Voranschlag. So ist es auch in der Gemeinde Ostermundigen. Die Rechnung 2013 schliesst markant besser ab als budgetiert. Dies

verdanken wir wieder einmal Sondereffekten. Ganz wesentlich dazu beigetragen haben die Gemeindesteuerteilungen für juristische Personen. Ein grosser Steuerzahler wurde definitiv veranlagt.

Ohne eine Rückstellung des Gemeinderates für nicht bezogene Ferien- und Überzeitguthaben des Personals von CHF 665'000 wäre die Gemeinderechnung praktisch ausgeglichen gewesen. Dieser Sachverhalt darf uns jetzt aber nicht dazu verleiten die Gemeindefinanzen nur noch durch rosarote Brille zu betrachten. Analysiert man im Vorbericht zur Rechnung die Übersicht der Steuererträge wird rasch erkennbar, dass sich längst nicht alle Erträge im gewünschten Ausmass entwickelt haben. Dies gilt speziell für die Einkommenssteuer der natürlichen Personen. Ebenso gibt die Entwicklung des Harmonisierten Steuerertragsindex (HEI), er misst den durchschnittlichen Steuerertrag pro Kopf, seit dem Jahr 2008 zu Besorgnis Anlass. Mit einem aktuellen Wert von 94,7 % weist Ostermundigen im Vergleich zu anderen Gemeinden eine unterdurchschnittliche Ertragskraft aus. Der Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre hat bis zum heutigen Zeitpunkt vor allem die Infrastrukturkosten der Gemeinde in die Höhe getrieben, aber noch nicht den erhofften Geldregen in die Gemeindekasse gespült.

Die SVP-Fraktion stimmt der Rechnung zu.

Raphael Rutschi (FDP): Die FDP.Libérale-Fraktion verdankt die gute Arbeit ebenfalls. Die Rechnung ist sehr gut strukturiert, aussagekräftig und beinhaltet viele Informationen. Ein Punkt hat uns nachdenklich gemacht:

Die Überzeit- und Ferienzeitguthaben haben zu Fragen Anlass gegeben. Diese Saldi wurden nicht allein im letzten Jahr gebildet. Wenn das Prinzip der Stetigkeit berücksichtigt wird, dann müssten diese Guthaben nicht zwingend in der Rechnung 2013 verbucht werden. Wir könnten damit zuwarten, bis bessere Rechnungsergebnisse vorliegen.

Das Rechnungsmodell HRM2 wird ab 2016 in Betrieb genommen. Damit werden diese Rückstellungen zwingend neu erfolgen. Wir sind auf der besseren Seite, wenn wir diese Rückstellungen bereits heute tätigen.

Aus diesen Gründen werden wir der Gemeinderechnung zustimmen.

Rudolf Kehrli (SP): Fröhliche Gemeinderatsgesichter haben mir aus der Zeitung entgegen gelacht, als die Ergebnisse der Gemeinderechnung 2013 präsentiert worden sind. Ein Defizit von nicht ganz CHF 700'000 kann schon mit einem positiven Eindruck vor den Medien vertreten werden, da die Vorhersage resp. im Budget fast zwei Millionen veranschlagt worden sind. Wie hätten sich die Gesichter präsentiert, wenn der Rechnungsabschluss wie bei der Nachbargemeinde Muri mit über fünf Millionen Franken Defizit ausgefallen wäre? Ich glaube, um die langen Gesichter abdrucken zu können, wäre das Format der deutschen Bild-Zeitung notwendig geworden.

Der Ostermundiger Rechnungsabschluss 2013 wäre noch besser ausgefallen, wenn nicht ein ausserordentlicher Personalaufwand von CHF 631'000 verbucht worden wäre (wohlverstanden - ganz legal und richtig!). Dies möchte ich hier noch klar festhalten. Einzig bei der Bewilligungsinstanz für diesen Nachkredit - ob Gemeinderat oder Grosse Gemeinderat - gingen die Meinungen auseinander. Doch das ist ja gar nicht so wichtig.

Wie kommt es zu diesem besseren Rechnungsergebnis? Haben wir die Sache im Griff?

Leider nein! Der Gemeinderat ist nur für einen kleinen Teil des besseren Abschlusses mitverantwortlich. Er ist wie die Jungfrau zum Kinde gekommen. Auch im Jahre 2013 haben wiederum Sonderfaktoren zum besseren Ergebnis beigetragen. Als Beispiel seien die ausserordentlichen Steuererträge der juristischen Personen erwähnt, die in der Höhe von fast CHF 1,5 Mio. über dem budgetierten Betrag lagen. Der Kanton hat die unendliche Geschichte der Steuer- teilung mit der Swisscom abgeschlossen.

Ein weiterer Sonderfall ist eingetreten - wer hätte das gedacht: Die schwarzen Schafe! Wie Bitte, schwarze Schafe? Schaut in den Konti "Nachsteuern" und "Bussen" nach: Budgetiert CHF 100'000; Rechnung CHF 600'000. Ich hoffe, dass bei dieser Besserstellung der Gemein- derat und wir alle hier im Telsaal nicht mitbeteiligt waren.

Wie bereits erwähnt, der Gemeinderat hat für die Besserstellung schon etwas getan.

- Gemäss Rechnung konnte zum Beispiel der Sachaufwand um rund CHF 300'000 reduziert werden; das ist gut so.
- Wieso um Himmelswillen steigt der Personalaufwand von Jahr zu Jahr weiter an? Ein Teuerungsausgleich wird seit langer Zeit nicht mehr ausgeglichen.

Hier könnte der Gemeinderat noch Korrekturen vornehmen:

- Wenn wir den Steuerertrag der natürlichen Personen genauer betrachten, so liegt dieser mehr als eine Million Franken unter dem Budget. Das ist schlimm genug. In der Vergan- genheit führten ausschliesslich die ausserordentlichen Steuererträge der juristischen Per- sonen zu einem besseren Jahresabschluss. Der Gemeinderat weiss es und wir Parla- mentsmitglieder wissen es auch: Ostermundigen krankt an diesem berühmt berüchtigten strukturellen Defizit in der Höhe von nach wie vor drei Millionen Franken.

Die Gemeinde Ostermundigen ist unterdurchschnittlich ertragsschwach. Es fehlen ganz ein- fach die Steuerzahlenden. Diesen Missstand habe ich am Rednerpult schon mehrmals er- wähnt. Im Vorbericht zur Rechnung wird das Problem mehrmals erwähnt. Die Zuwachsraten sind viel zu optimistisch berechnet worden. Das bedeutet, dass auch die Finanzpläne 2014, 2015 usw. auf falschen Zahlen basieren. Die entsprechenden Defizite werden viel grösser aus- fallen. Ohne sorgfältige und grundlegende Massnahmen kann es in Zukunft nicht weiterge- hen. Der Gemeinderat muss von seiner "es chunt de scho guet" Prognose Abstand nehmen. Der Gemeinderat bewegt sich zu wenig oder gar nicht und hofft auf bessere Zeiten. Stillstand ist nicht gut, wir müssen agieren!

Wir müssen die Gemeinderechnung 2013 mit diesem Defizit wohl oder übel akzeptieren - der Mist ist bereits verteilt worden! Die SP/Grüne-Fraktion hat zum Budget 2014 mit Murren, Missmut, Widerwillen etc. ja gesagt. An unserer Gesinnungslage hat sich nicht viel verändert. Der vorliegenden Rechnung 2013 stimmen wir deshalb mit einem flauen Gefühl im Magen, widerwillig und ohne Freude zu.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Die Rechnung 2013 wurde grundsätzlich positiv entgegengenommen; vielen Dank für das Vertrauen.

① Dem Votum Rudolf Kehrli (SP) möchte ich folgendes anmerken:

Zu den fröhlichen Gesichtern in den Medienberichten kann ich anfügen, dass den Pressever- tretenden vorgängig zur Medienorientierung noch Kaffee und Gipfeli serviert wurde. Der

Gemeindepräsident hat die Medienvertretenden daraufhin angesprochen, was bei anderen Gemeinden vor der Bekanntgabe des Rechnungsabschlusses jeweils serviert wird. Dieser Sachverhalt wurde in der Presse abgebildet.

Christian Zeyer (SP): Ich hätte vom Gemeinderat noch ein paar Antworten zu den Fragen von Rudolf Kehrl (SP) erwartet. Mir verursacht der ganze Sachverhalt Bauchschmerzen. Bei genauer Analyse des Steuerertrages (Budget/Rechnung/Entwicklung im Finanzplan) kann eine grosse Lücke festgestellt werden.

- Warum ist das so?
- Wie sieht die Zukunft aus?

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Niels Arnold: Zum Budget 2013 kann ich nicht viele Antworten machen, da ich dieses nicht erstellt habe. Ein Budget basiert immer auf Annahmen. Die Grundlagen resp. der Ablauf der Planung (Kantonale Planungsgruppe) ist korrekt erfolgt. Jedes Szenario kann eintreffen oder auch nicht. Zu den einzelnen Voten:

① Einkommenssteuern

Den Einkommenssteuern muss bei der nächsten Budgeterstellung besondere Beachtung geschenkt werden.

① Personalaufwand

Ich möchte zu bedenken geben, dass die vorliegende Rechnung nach dem Bruttoprinzip bearbeitet worden ist. D. h. die Aufwände und Erträge werden abgerechnet. Es kann durchaus sein, dass der Personalaufwand kleiner wird, wenn alle Beträge abgezogen werden. Im Bereich Soziales hat sich der Personalaufwand in den letzten Jahren relativ stark entwickelt. Viele dieser Stellen lösen Rückerstattungen beim Kanton aus. Diese werden nicht im Personalaufwand sondern bei den Beiträgen verbucht.

① Budgetziele

Momentan werden die Budgetziele 2015 definiert. Es sollen ebenfalls gewisse Neuigkeiten eingeführt werden. Wir wollen Transparenz schaffen. Es werden spannende Diskussionen mit Gemeinderat und den Abteilungsleitenden geführt. Ziel ist es, die Budgetziele weiter auszubauen. Es soll ein Endziel definiert werden. Meine Idealvorstellung liegt darin, dass für alles ein Preisschild errichtet wird. Zum Beispiel was kostet uns ein Freibad, wieviel kosten uns die KITA-Plätze etc.. Das wäre der Idealzustand. Ich weiss heute noch nicht, ob wir dieses Endziel erreichen werden. Heute sehen wir vielfach nur einen Wert. Doch die Leistungen, die diesen Wert ausmachen, sehen wir nicht (welcher Standard, was kaufen wir ein).

Christian Zeyer (SP): Ich muss noch mehr insistieren. Ich möchte an den Finanzplan erinnern: Im Jahre 2013 wurde nur ein geringer Anstieg bei den Steuererträgen prognostiziert. In den folgenden Jahren soll dieser Anstieg grösser ausfallen. Eigentlich sind wir in der prognostizierten Entwicklung im Rückstand. Über die ganze Finanzplanperiode hinausgesehen wer-

den wir am Ende kein Eigenkapital mehr zur Verfügung haben. Wie stellt sich der Gemeinderat zu diesem Misstand?

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Niels Arnold: Zur Planung der Gemeindefinanzen: Es ist korrekt, dass der verabschiedete Finanzplan 2014 - 2018 auf Budgetannahmen basiert. D. h. die Rechnung 2013 lag zu dieser Zeit noch nicht vor. Was heisst das für die Zukunft? Mit gewissen Annahmen soll ein Abbild geschaffen werden. Das Prinzip der Vorsichtigkeit muss eingehalten werden. Mit einem politischen Entscheid müssen die Ertragsschwächen korrigiert werden.

Die Steuereinnahmen (Einkommenssteuern) haben gegenüber dem Jahre 2012 um über CHF 300'000 zugenommen; jedoch nicht im geplanten Ausmass. Ohne die Projekte wie Hättenberg, Oberfeld etc. hätten die Steuereinnahmen wesentlich schlechter ausgesehen.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Zur gemeinderätlichen Botschaft liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Nachkredit für die Besoldungen in der Präsidialabteilung von CHF 55'197.50 (Konto 110.301.10) wird genehmigt.
2. Die Gemeinderechnung für das Jahr 2013, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von CHF 660'446.43, wird genehmigt.
3. Der Aufwandüberschuss wird dem Eigenkapital (Konto 2390.101) belastet.

10.22.0.04 Zonenplanänderung Steingrübli (Kultur-Sport-Freizeit) (früher: 10.2204)

22. Steingrübli: Erwerb der Parzelle Nr. 7542 durch die Gemeinde Ostermundigen und Aufhebung des GGR-Beschlusses vom 18. September 2003; Genehmigung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

GPK-Präsident Ernst Hirsiger (SVP): Wie im GPK-Protokoll erwähnt, möchte die Geschäftsprüfungskommission die Botschaft des Gemeinderates mit einer zusätzlichen Beschlusseziffer Nr. 6 ergänzen.

Begründung

Die Gemeinde Ostermundigen wollte schon lange ein Stück Land des VBS erwerben. Das VBS hat dieses Land in der Zwischenzeit an die RUAG und die anschliessend an eine Immobiliengesellschaft weiter verkauft. Auf dieser asymmetrischen Landparzelle soll der Kulturbetrieb aufrecht erhalten bleiben. Die Parzelle Nr. 1233 verbleibt im Eigentum der RUAG. Diese Parzelle obliegt der Landwirtschaftzone, welche von der Eigentümerin weiter verpachtet wird. Die RUAG hat kein Interesse, einen Landwirtschaftsbetrieb auf der Parzelle Nr. 1233 zu führen (die Gemeinde Ostermundigen eigentlich auch nicht). Zusammen mit dem Regierungstatthalter und der RUAG sollte nochmals über einen möglichen Landerwerb verhandelt werden. Die Gemeinde Ostermundigen kann auch einen Pächter für dieses Landwirtschaftsland einsetzen. Das Land wird somit vor weiteren Zugriffen geschützt und der Kulturbetrieb wird nicht durch andere Nutzungen gestört. Deshalb stellt die Geschäftsprüfungskommission den folgenden **Änderungsantrag:**

- 6. Der Gemeinderat wird beauftragt, mit der RUAG Real Estate AG über den Erwerb der Parzelle Nr. 1233 zu verhandeln.*

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir diskutieren heute über ein 11 jähriges Geschäft. An der GPK-Sitzung habe ich mich bereit erklärt, mit den verantwortlichen Personen der RUAG in Kontakt zu treten. Ich kann aus einer E-Mail der RUAG an mich vom 3. Mai 2014 den folgenden Wortlaut zitieren:

Die RUAG würde gerne das ganze Grundstück Nr. 1233 der Gemeinde verkaufen, dies ist jedoch aufgrund der heutigen Zonenzuordnung nicht möglich und in der Vergangenheit bereits gescheitert...

Auf der Parzelle Nr. 1233 gilt das bäuerliche Bodenrecht. Die Schwierigkeiten liegen darin, dass die Gemeinde Ostermundigen keine landwirtschaftlichen Bedürfnisse nachweisen kann. Der Gemeinderat hat mehrere Versuche unternommen, dass bäuerliche Bodenrecht aufzuheben. Wir wurden beim Regierungstatthalter vorstellig, doch dieser konnte kein Präjudiz schaffen.

Ich bin jedoch bereit, mit dem Regierungstatthalter und der RUAG nach neuen Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Der Gemeinderat ist bestrebt, das Geschäft baldmöglichst abzuschliessen.

Eduard Rippstein (CVP): Das bäuerliche Bodenrecht existiert schon seit sehr langer Zeit. Im Jahre 1995 gehörte die Landparzelle dem Bund. Der Bund hat das Land der RUAG verkauft. Dann ist das Land immer noch Bundesland und gehört nicht der RUAG. Der Regierungstatthalter hätte schon damals beim Bund intervenieren müssen. Wenn der Regierungstatthalter den Verkauf an die RUAG zugelassen hat, dann kann der Regierungstatthalter auch den Verkauf an die Gemeinde Ostermundigen zulassen. Wir können den Anspruch der Rechtsgleichheit geltend machen.

Tobias Weibel (FDP): Die Fraktion der FDP wird dieser Vorlage zum Erwerb der Parzelle Nr. 7542 im Steingrübli zustimmen. In den vergangenen Wochen haben Anwohner von diesem Gelände Bedenken zu diesem Schritt geäussert. Der Ort könnte zum Unort verkommen, ist eines der Argumente. Wir sind aber der Meinung, dass lieber die Gemeinde das Areal übernimmt, bevor die RUAG darauf einen Schiessstand plant, um das ganze Mal von hinten anzuschauen. Denn der einzige Faktor der dieses Land momentan zum Unort macht ist, dass darauf fast gar nichts läuft. Die legitimen Bedenken der Anwohner können wir heute allenfalls aufschieben, aber nicht aus der Welt schaffen, jedoch genauso wenig von der Hand weisen. Fakt ist, es gibt in Ostermundigen schlicht keine anwohnerlosen Orte mehr, aber viele Kulturinteressierte. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Anwohnende, Kulturschaffende und politische Parteien gemeinsam ein Nutzungskonzept erstellen.

Silvia Fels (EVP): Als EVP-Fraktion stimmen wir dem Antrag zur Aufhebung des GGR-Beschlusses vom September 2003 zu. So wie vorgeschlagen, stimmen wir zu, dass die Parzelle des "Madame Bissegger Areals" erworben wird und zur Freizeitnutzung und für kulturelle Zwecke genutzt werden kann. Auch der Vorschlag, die Anwohner und Kulturschaffenden für die künftige Nutzung einzubeziehen, scheint uns sinnvoll.

Walter Zysset (SVP): Die SVP-Fraktion hat lange über das vorliegende Geschäft debattiert. Können wir uns diesen Erwerb in der momentanen finanziellen Lage der Gemeinde überhaupt leisten? Was geschieht nach den Aufführungen von Madame Bissegger? Was plant der Gemeinderat? Fragen über Fragen.

Trotzdem stimmen wir dem Geschäft zu und warten gespannt auf das vom Gemeinderat zu erarbeitende Nutzungskonzept.

Esther Schaller (FORUM): Das FORUM lehnt den Antrag des Gemeinderates ab. Bis heute ist unklar, was für kulturelle Anlässe dort stattfinden sollen. Es wäre für die Anwohnenden nichts als fair, wenn sie vorher wüssten, welche kulturellen Anlässe auf dieser Landparzelle zugelassen sind.

Andreas Thomann (SP): Ich war schon an der Debatte im Jahre 2003 dabei. Die Argumentationen Pro und Contra haben sich in der Zwischenzeit nicht stark verändert. Heute haben wir die Gelegenheit, die unendliche Geschichte ein Stück weiter zu bringen. Solange die

Gemeinde Ostermundigen nicht Eigentümerin der Landparzelle ist, hat sie keine Nutzungskonzepte zu erlassen. Es wäre dumm für Ostermundigen, wenn wir eine solche Möglichkeit für einen Landerwerb nicht unterstützt. Die Gemeinde Ostermundigen kann da ein Stück Identifikation - nämlich sehr günstig Sandsteinbrüche - erwerben.

Im Anschluss ist ein Nutzungskonzept gemäss Beschlussesziffer Nr. 5 zu errichten. Diese Beschlussesziffer (damals als Ziffer Nr. 3) wurde vom Parlament schon im September 2003 genehmigt.

Christian Zeyer (SP): Erlaubt sei mir eine Anmerkung zum Erwerb des Landwirtschaftslandes resp. Rechtsgleichheit:

Edi, wenn du bei rot über die Kreuzung fährst und der anwesende Polizist hat dieses Vergehen nicht gesehen, dann bedeutet dies nicht, dass der Nächste, welcher bei rot über die Kreuzung fährt und eine Anzeige erhält, sich auf die Rechtsgleichheit berufen kann.

Die Gemeinde Ostermundigen will das Land für irgend einen Zweck gebrauchen. Das bedeutet nicht automatisch, dass die Gemeinde das Land erwerben muss. Wir könnten durchaus mit der RUAG einen privatrechtlichen Vorkaufsrechtsvertrag abschliessen. Als Vertragsbedingung müsste die Gemeinde eine Person resp. einen Landwirten als Partei nennen können, die dem bäuerlichen Bodenrecht untersteht. Die RUAG müsste dann diesem Landwirt das Land verkaufen. Mit diesem Verfahren könnte die Gemeinde Ostermundigen ihre Absichten einlösen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Nochmals zum Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission: Seitens Gemeinderat wurden bereits mehrere Anläufe unternommen, dass bäuerliche Bodenrecht aufzuheben.

Die Variante von Christian Zeyer (SP) wurde noch nicht geprüft. Diese Variante kann weiter verfolgt werden. Die RUAG hat heute das Land an einen Landwirt verpachtet.

- Der Beschlussesziffer Nr. 3 des ersten Beschlusses aus dem Jahre 2003 möchte ich noch folgendes anfügen: Die Betriebskommission soll mit der neuen Beschlussformulierung aufgehoben werden.
- Zur Beschlussesziffer Nr. 5 des neuen Antrags: Ein Nutzungskonzept kann nicht alleine von der Gemeinde Ostermundigen errichtet werden. Sämtliche politische Parteien, sowie die Anwohnenden sollen ein entsprechendes Nutzungskonzept erarbeiten. In den Medien konnte gelesen werden, dass im Steingrübliareal ein neues "Gurten-Festival" stattfinden soll. Diese Aussage stimmt nicht und ist auch nicht realistisch. Veranstaltungen mit Cupfinalcharakter können da nicht durchgeführt werden! Diese Ängste dürften gar nie aufkommen.

Wichtig ist mir, dass das Kulturkonzept nicht zuoberst auf der Prioritätenliste des Gemeinderates steht. Zuerst muss die Grundsatzfrage abgearbeitet werden, wie die Kultur als Ganzes in Ostermundigen aussehen soll. Erst dann ist das Steingrübliareal ein erstes Mosaiksteinchen davon. Neben dem Theater Madame Bissegger sind keine zusätzlichen Kulturveranstaltungen möglich bzw. durchführbar.

2. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP): Ich möchte ein Votum zugunsten des Änderungsantrags der GPK abgeben. Das Gesetz des bäuerlichen Bodenrechts ist nicht einfach zu verstehen. Ich begrüsse die Idee der Geschäftsprüfungskommission, die Verhandlungen mit dem Regierungsstatthalter neu aufzunehmen. Der vom Gemeindepräsidenten erwähnte Landwirt ist in Ostermundigen tätig und ein Pachtvertrag „RUAG/Landwirt“ kann auch in einen Pachtvertrag „Gemeinde/Landwirt“ umgewandelt werden. Ich bitte die Anwesenden, dem Änderungsantrag der GPK zuzustimmen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich möchte keinen Pachtvertrag mit der RUAG, um anschliessend das Land weiter verpachten zu können. Ich bin bereit, mit der RUAG ein Vertragswerk auszuhandeln, welches zum Beispiel eine Dienstbarkeit beinhaltet, dass der Gemeinde Ostermundigen bei einem Landverkauf das Vorkaufsrecht eingeräumt wird. Das Vertragswerk muss mit allen Parteien ausgehandelt werden.

Christian Zeyer (SP): Ich habe in der Zwischenzeit versucht, einen neuen **Änderungsantrag Nr. 2** zu formulieren. Die zusätzliche Beschlusseziffer Nr. 6 sollte wie folgt lauten:

6. *Der Gemeinderat versucht mit der RUAG Real Estate AG einen Vertrag abzuschliessen, der besagt, dass die Gemeinde sicherstellen kann, dass bei Bedarf der Boden an einen von ihr bevorzugten Landwirt übertragen wird.*

Der Gemeinderat hätte anschliessend die volle Verfügbarkeit über die Landzuteilung. Für raumplanerische Aspekte könnte dieser Sachverhalt durchaus interessant sein, wenn es darum geht, Landwirtschaftsland abzutauschen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ist "Landwirt" eine aussagekräftige Formulierung? Oder ist "Landwirtschaftsbetrieb" die bessere Formulierung? Dies sind jedoch bereits Details.

Eduard Rippstein (CVP): Wir können die Diskussion abschliessen. Der Regierungsstatthalter hat sein Veto eingelegt und nicht die RUAG. Wenn das Areal vermehrt genutzt werden soll, ist eine bessere Zufahrt vorzusehen. Somit würde die Nachbarschaft ebenfalls entlastet (Lärmimmissionen etc.).

Christian Zeyer (SP): Die beiden Änderungsanträge können kombiniert werden. Mir ist egal, wenn der Gemeinderat den Regierungsstatthalter für den Landerwerb überzeugen will. Doch ich bezweifle, dass er diesem Sachverhalt zustimmen wird. Mir geht es darum, dem Gemeinderat mit meinem Änderungsantrag eine zusätzliche Option zu geben. Diese Option kann privatrechtlich geregelt werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich finde den Vorschlag von Christian Zeyer (SP) sehr gut.

Edi, wir haben bereits mehrere Anläufe beim Regierungsstatthalter vorgenommen. Wir haben versucht, das Land zu erwerben. Das bäuerliche Bodenrecht kann jedoch nicht ausgeräumt werden.

Christian Zeyer (SP): Ich schlage vor, den Änderungsantrag mit einem Zusatz zu ergänzen. Der neue Text lautet demnach wie folgt:

- 6. Der Gemeinderat versucht mit der RUAG Real Estate AG einen Vertrag abzuschliessen, der besagt, dass die Gemeinde sicherstellen kann, dass bei Bedarf der Boden an einen von ihr bevorzugten Landwirtschaftsbetrieb übertragen wird. Falls es nicht möglich ist, das Land zu kaufen.*

GPK-Sprecher Eduard Rippstein (CVP): Die Geschäftsprüfungskommission zieht ihren Änderungsantrag Nr. 1 zugunsten des Änderungsantrags Nr. 2 von Christian Zeyer (SP) zurück.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen zum Geschäft mehr vor. Über den **Änderungsantrag Nr. 2** von Christian Zeyer (SP) ist abzustimmen.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 von Christian Zeyer (SP) wird mit 29 zu 4 Stimmen genehmigt.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Somit hat der Grosse Gemeinderat (GGR) die Schlussabstimmung vorzunehmen. Er fasst mit 30 zu 2 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

- Der Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 18. September 2003 „Steingrübli: Erwerb Parzelle Nr. 1233 durch die Gemeinde von der Business Park Bern AG; Genehmigung“ wird rückgängig gemacht.
- Dem Erwerb der Parzelle Nr. 7542 im Halte von 13'916 m² zum Preis von CHF 383'000.-- von der RUAG Real Estate AG wird zugestimmt.
- Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Kaufpreis für die Parzelle Nr. 7542 durch die Reduktion des Mehrwertausgleichsbetrages für die Parzelle Nr. 7225 von CHF 533'000.-- auf CHF 150'000.-- (Differenz = CHF 383'000.--) verrechnet wird und die Mehrwertabgabe der RUAG Real Estate AG für die Parzelle Nr. 7225 somit (im Falle einer Bebauung oder einer Veräusserung) CHF 150'000.-- beträgt.
- Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Parzelle Nr. 7542 für Freizeitnutzungen, kulturelle Zwecke und andere kommunale Aufgaben genutzt werden soll.

5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die künftige Nutzung des Areals ein Nutzungskonzept erstellt wird, welches in Zusammenarbeit mit Anwohnenden, Kulturschaffenden und Vertretungen der politischen Parteien erarbeitet werden soll.
6. Der Gemeinderat versucht mit der RUAG Real Estate AG einen Vertrag abzuschliessen, der besagt, dass die Gemeinde sicherstellen kann, dass bei Bedarf der Boden an einen von ihr bevorzugten Landwirtschaftsbetrieb übertragen wird. Falls es nicht möglich ist, das Land zu kaufen.

30.4.21 Schulhaus Bernstrasse

23. Schulanlage Bernstrasse: Einbau Tagesschule, Kindergarten und Instandsetzung; Kreditabrechnung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Lucia Müller (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt von der erfreulichen Kreditabrechnung Kenntnis. Gute und seriöse Planung zahlt sich aus. Wir wünschen uns, dass dieser Sachverhalt auch auf weitere Projekte zutreffen wird. Die eingesetzten Reserven mussten nicht aufgebraucht werden. Wie bereits während der Budgetdebatte erwähnt, ist eine genaue Budgetierung anzustreben. Ich persönlich bevorzuge eine optimistische Budgetierung und komme am Schluss mit weniger Geld aus, als umgekehrt. Hier haben wir für die investierte eine Million Franken einen guten Gegenwert erhalten, zum Wohle unserer Kinder und Lehrenden.

Priska Zeyer (parteilos): Wir freuen uns über die neue Tagesschule und den neuen Kindergarten. Gut sanierte Liegenschaften sind wichtig für die Zukunft unserer Kinder und die ganze Gemeinde Ostermundigen. Die SP/Grüne-Fraktion stimmt der Kreditabrechnung, welche um CHF 223'000 besser abschliesst, zu.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung „Schulanlage Bernstrasse; Einbau Tagesschule, Kindergarten und Instandsetzungsarbeiten (Konti 250.589.03 und 250.503.03)“ abschliessend mit einer Kosten-
summe von CHF 1'268'904.25 wird Kenntnis genommen.

42.2.75 Wasserverbund Region Bern AG (WVRB)

24. Wasserverbund Region Bern AG (WVRB): Änderung des Partnerschaftsvertrags (Aufnahme der Gemeinden Vechigen und Stettlen); Genehmigung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Peter Blaser (SP): Die SP/Grüne-Fraktion hat sich mit der vorliegenden Botschaft: Änderung des Partnerschaftsvertrages und die Aufnahme der beiden Gemeinden Vechigen und Stettlen unter anderem auch damit befasst, ob es richtig ist, dass der Gemeinderat in Zukunft selber abschliessend entscheiden kann, dass weitere Aktionäre in den Wasserverbund aufgenommen werden können.

Da auf Grund des bestehenden Vertrages ausschliesslich öffentliche Aktionäre aufgenommen werden, also Gemeinden und dem zu Folge nicht irgend welche gewinnorientierte private Institutionen, welche möglicherweise darauf setzen, dass sich mit dem lebenswichtigen Stoff Wasser, in Zukunft private Gewinne erzielt werden könnten.

Dem vorliegenden Gemeinderatsvorschlag, die Kompetenz in Zukunft der Gemeindeexekutive zu übertragen, kann unsere Fraktion somit mit gutem Gewissen zustimmen.

Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Regelung ist effizienter und entlastet somit auch den Ostermundiger Politbetrieb.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Beteiligung der Gemeinden Vechigen und Stettlen an der WVRB AG per 1. Januar 2015 wird unter folgenden Bedingungen zugestimmt:
 - a. Die Gemeinden Vechigen und Stettlen treten dem Partnerschaftsvertrag bei.
 - b. Es wird ein Kaufvertrag zur Übernahme der Primärsysteme der Gemeinden Vechigen und Stettlen durch die WVRB AG zu einem Zeitwert (= Kaufpreis) von insgesamt CHF 1'616'000.-- abgeschlossen.
 - c. Die Gemeinde Vechigen verpflichtet sich, Aktien im Wert von CHF 560'000.-- (= Nominalwert) aus den Beständen der WVRB AG zu kaufen.
 - d. Die Gemeinde Stettlen verpflichtet sich, Aktien im Wert von CHF 640'000.-- (= Nominalwert) aus den Beständen der WVRB AG zu kaufen.
 - e. Die Beteiligung kommt nur unter der Bedingung zu Stande, dass beide Gemeinden den erforderlichen Beschlüssen gemäss den Ziffern a) bis d) hiervor zustimmen und der Gemeindeverband Wasserversorgung Vechigen-Stettlen (WAVEST) aufgelöst wird.

2. Punkt 3 des Beschlusses von Geschäft Nr. 42 vom 29. Juni 2006 wird aufgehoben. Änderungen des Partnerschaftsvertrages erfolgen unter Vorbehalt der Finanzkompetenz durch den Gemeinderat. Der Gemeinderat orientiert den Grossen Gemeinderat jeweils über beschlossene Änderungen.

10.3.72 Motionen
20.2.00 Allgemeines (früher 20.00)

25. Überparteiliche Motion zur Schonung des Eigenkapitals der Gemeinde Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Ernst Hirsiger (SVP): Auslöser der Motion war das ursprünglich vom Gemeinderat deklarierte Legislaturziel 2013 – 2016 bezüglich des Eigenkapitals Ende der Legislatur. Dies sah noch ein Eigenkapital von CHF 1.7 Mio. vor. Zwischenzeitlich ist es offenbar angepasst worden. Im Handbuch „Gemeindefinanzen des Kantons Bern“ gibt es klare Empfehlungen zur Höhe des Eigenkapitals einer Gemeinde. Es wird ein Eigenkapital von zwei bis drei Steuerzehntel empfohlen. Ostermundigen hätte mit einem Eigenkapital von CHF 1.7 Mio. diese Empfehlung missachtet. In einzelnen Gemeinden in der Region Bern gibt es sogar verbindliche Beschlüsse, dass das Eigenkapital eine bestimmte Grenze nicht überschreiten darf. Die Motion sollte ein Signal an den Gemeinderat sein. Dieses Ziel hat sie scheinbar erreicht.

Allerdings interpretiert der Gemeinderat in seiner Antwort die Absicht des Motionärs nach meiner Meinung falsch. Er geht davon aus, dass der Motionär sein Ziel nur mit Einsparungen erreichen will. Die Formulierung *"um dieses Ziel zu erreichen, müssten pro Jahr in der laufenden Rechnung Aufwandminderungen von Fr. xy erzielt werden..."* bedeutet nicht, dass es dem Gemeinderat untersagt wäre, das Ziel auch auf anderem Weg zu erreichen.

Der Motionär empfindet es nach seiner langen Tätigkeit als Gemeindeparlamentarier zudem schon etwas befremdend, wenn man glaubt, ihm bei der Beantwortung der Motion, den Unterschied zwischen einem kommunalen Haushalt und einem privaten Haushalt erklären zu müssen. Die Behauptung, dass die Gemeinde nur bei den „freiwilligen Beiträgen“ und im „Sachaufwand“ die Ausgaben selbst beeinflussen könne, ist weder neu noch korrekt. Mit einer Steuerung der Investitionen kann der Gemeinderat beispielsweise sowohl bei den Ausgaben, wie bei den Abschreibungen die Gemeinderechnung aktiv beeinflussen.

Es ist nämlich meist der Gemeinderat, welcher Investitionen in den Finanzplan aufnimmt und vom Parlament bewilligen lässt. Richtig ist aber, dass das Parlament bei den Neuausgaben und Investitionen in der Mitverantwortung steht, weil es das kreditgebende Organ ist. Der Motionär stellt mit Befriedigung fest, dass der Gemeinderat immerhin die Zielsetzung der Motion begrüsst, auch wenn er sie zur Ablehnung empfiehlt.

Geht man übrigens vom aktuellen Saldo des Eigenkapitals von CHF 7,7 Mio. aus, könnte das Ziel der Motion, ohne unvorhersehbare Ausgaben und Investitionen, gemäss dem gültigen Finanzplan der Gemeinde relativ schmerzlos erreicht werden.

2)

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion kann sich für diese Motion nicht erwärmen. Das heisst aber nicht, dass nicht auch wir es sehr gerne sehen würden, wenn das Eigenkapital En-

²⁾ Silvia Fels (EVP) verlässt um 21.30 Uhr die Sitzung. Es sind noch 32 Ratsmitglieder anwesend.

de der Finanzplanperiode 2014 - 2018 noch CHF 4 Mio. oder mehr betragen würde. Aber wir sind wie der Gemeinderat der Ansicht, dass es schlecht ist, dieses Ziel nur über Ausgabenkürzungen, die erst noch mit einem fixen Betrag festgelegt sind, zu erreichen. Eine Gemeindefinanzrechnung hat auch noch eine Einnahmenseite. Obwohl diese stark von den Steuereinnahmen abhängig ist, darf man sie nicht ausser Acht lassen.

Wie in der Botschaft nachzulesen ist, begrüsst auch der Gemeinderat - und ganz sicher auch alle hier im Parlament - die Zielsetzung einer nachhaltigen Finanzpolitik. Und zudem läuft seit Mitte Januar 2014 der Projektauftrag „Controlling“. Wenn der Grosse Gemeinderat heute die Motion überweisen würde, wäre sie ein starker Bremsklotz im Getriebe dieser laufenden Bemühungen und Zielsetzungen. Die EVP-Fraktion bittet den Rat deshalb, die Motion abzulehnen.

Christian Zeyer (SP): Für SP/Grüne-Fraktion ist das Eigenkapital sehr wichtig. Wir werden der Weiterentwicklung des Eigenkapitals ein grosses Augenmerk zufügen. Die vorliegende Motion ist nicht zielführend. Die Zielerreichung muss strukturell aufgezeigt werden, um die Finanzen besser ins Lot zu kriegen. Wir haben in der Gemeinde ein strukturelles Defizit. Im Namen der Reorganisation der Gemeinde Ostermundigen sind die Kosten auf jegliche Art und Weise zu senken. Auch auf der Einnahmeseite ist dafür zu sorgen, dass das Defizit nicht steigt bzw. das Eigenkapital geschont wird.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Besten Dank für die Voten zur vorliegenden gemeinderätlichen Beantwortung. Der Gemeinderat ist weiterhin gewillt, die Sparmassnahmen weiterzuverfolgen. Schon im Vorfeld der Motionseinreichung wurden im Gemeinderat erste Diskussionen diesbezüglich geführt. Am letzten Dienstag hat der Gemeinderat die Budgetziele 2015 in einer ersten Lesung verabschiedet. Es ist die Zielsetzung des Gemeinderates, nicht unter die zwei Steuerzehntel an Eigenkapital zu fallen.

In der Beantwortung wurde die Finanzstrategie genau erläutert. Auch das Controlling soll weitere Einsparmöglichkeiten aufzeigen. Der Gemeinderat ist froh, wenn die Motion abgelehnt wird. Der Gemeinderat ist auf dem gleichen Kurs wie die Motionäre.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 18 zu 14 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion zur Schonung des Eigenkapitals der Gemeinde Ostermundigen wird abgelehnt.

10.3.72	Motionen
10.3.01	Allgemeines
10.23.50	Netzwerk/Infrastruktur (HW)

26. Motion der FDP-Fraktion betreffend Einführung des papierlosen Rats- und Kommissionsbetriebs; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Tobias Weibel (FDP): Der papierlose Rats- und Kommissionsbetrieb lässt den Emotionen freien Lauf. Eigentlich ist diese Motion ja nur bedingt eine politische Angelegenheit. Die Frage, mit welcher wir uns hier und heute beschäftigen, ist, sind wir bereit, diesen Schritt zu machen und damit teils vielleicht auch Neuland zu betreten? Im Gegenzug machen wir eine unbestreitbar positive Wirkung auf Umwelt und auf das Gemeindeportemonnaie möglich. Diese Frage muss hier jeder für sich selber und unabhängig der Parteizugehörigkeit beantworten. Ich weise auch nochmals gerne auf die verschiedenen Ausnahmen für grössere Pläne etc. hin.

Offensichtlich hat diese Motion im Gemeinderat den Stein schon ins Rollen gebracht. Die Pläne die IPA des Informatiklehrlings, zu Gunsten der Projektierung von WLAN-Systemen an der Bernstrasse 65 d und dem Schiessplatzweg 1 zu nutzen, begrüsse ich sehr. Ich kann es an dieser Stelle nicht lassen, noch ein Beispiel aus einer anderen Ortschaft unseres Landes zu erwähnen, wo der papierlose Ratsbetrieb heute auf der Türschwelle steht. So hat die Stadt Winterthur an der Parlamentssitzung vom 7. April 2014 ebenfalls über den papierlosen Ratsbetrieb abgestimmt und diese Vorlage einstimmig angenommen. Diese wird in Winterthur ab nächstem Montag, dem 12. Mai auf die neue Legislatur hin umgesetzt.

Wenn ihr, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, diesen Schritt heute aber nicht machen möchten, so werden wir oder irgend jemand sonst in diesem Raum dieselbe Motion mit ähnlichem Wortlaut in ein paar Jahren sicher wieder bringen. Ich denke jedoch, der Stand der Technik ist in diesem Bereich schon sehr weit fortgeschritten und das es für diesen Wechsel eigentlich nicht mehr zu früh sein kann. Und nun bin ich gespannt auf eure Voten.

Und um es gleich vorweg zu nehmen. Wir möchten in diesem Geschäft natürlich schon möglichst Nägel mit Köpfen machen. Im Vorfeld wurde ich aber gebeten, für den Fall von grosser Ablehnung noch eine Version bereit zu halten, welche dann auf freiwilliger Basis beruht. Dem habe ich Rechnung getragen, doch hören wir nun erst einmal eure Meinungen an.

Martin Studer (SVP): Wir diskutieren über ein sehr interessantes und umstrittenes Thema. Die SVP-Fraktion ist noch nicht bereit, diesen zukunftssträchtigen Schritt zu machen. Ein paar Gründe sprechen dagegen: Es ist viel verlangt, von freiwilligen Kommissionsmitgliedern resp. Politikerinnen und Politiker, welche freiwillig ein Amt ausführen, ihre Sitzungsgelder für Papier- und Druckkosten auszugeben. Wir sind nicht grundlegend gegen die Motion. Im Saalkonzept im Zusammenhang mit dem neuen Verwaltungszentrum muss dieses Thema wieder in Betracht gezogen werden.

Ich selber bin ein Elektronikfreak. Aber die seriöse Aufarbeitung resp. das Durchlesen von Anträgen und Botschaften kann ich nur ab Papier vornehmen.

Rahel Wagner (EVP): In der EVP-Fraktion haben wir darüber diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass die Idee vom papierlosen Ratsbetrieb zwar sicher gut ist und einiges gespart werden könnte, jedoch bei der Umsetzung hätten wir unsere liebe Mühe. Immer einen Laptop oder ein Tablet dabei zu haben, scheint uns nicht machbar zu sein. Auch das Markieren, Hineinschreiben und Arbeiten mit Papier ist für uns alle im Ratsbetrieb und in den Kommissionen wichtig. Wie in der Antwort vom Gemeinderat sind auch wir der Meinung, dass man bereits heute, ohne Internetverbindung im Tellsaal, die Sitzungsunterlagen auf dem eigenen Laptop oder dem Tablet herunter laden kann und es möglich ist, mit den Dokumenten an den GGR-Sitzungen zu arbeiten.

Bezüglich des papierlosen Betriebs in den Kommissionen sind wir aus Datenschutzgründen dagegen. Hier müssten unverhältnismässig viele Schutzmechanismen eingebaut werden und es ist fraglich, ob dies dann noch billiger kommt. Die Gefahr eines Lecks bezüglich Amtsgeheimnis ist x-fach grösser als beim Betrieb mit Papier.

Wir lehnen daher die Motion ab und schlagen vor, dass man den Sekretär informieren kann, wenn man papierlos arbeiten möchte und es eine freiwillige Entscheidung von jedem Ratsmitglied sein darf, wenn man weiterhin eine Papierversion erhalten möchte.

Christian Zeyer (SP): Das Ziel kann es nicht sein, die GGR-Unterlagen zu Hause auszudrucken. Die Daten müssen elektronisch mit an die Sitzung genommen werden. Das Ganze darf nicht zu einer Selbstbeübung verkommen, d. h. die elektronische zur Verfügungstellung muss mit einem Klick erfolgen und nicht mit 24 Klicks wie per Gemeindehomepage.

- Personen, welche nur einen Desktop zu Hause haben oder sogar keinen PC dürfen nicht ausgeschlossen werden. Deshalb sind wir der Meinung, dass das papierlose Ratsbüro schrittweise eingeführt werden sollte. Mittels einer Wahlliste können sich die Parlamentsmitglieder für die elektronische oder papierlose Version der Unterlagen bestellen.
- Das GGR-Protokoll ist nicht mehr auszudrucken. Dieses kann auf der Verwaltung aufgelegt werden.
- Eine WLAN-Infrastruktur hier im Tellsaal ist nicht notwendig. Die Kosten-/Nutzenverhältnisse müssen abgewägt werden.

Wir stimmen dem gemeinderätlichen Beschluss zu. Die Beschlusseziffer Nr. 2 möchten wir mittels **Änderungsantrag Nr. 1** ergänzen:

- *Der Papierversand kann nach wie vor bei der Gemeindeverwaltung angefordert werden. Ausnahme: Protokoll - dieses wird auf der Gemeindeverwaltung aufgelegt.*
- *Die Unterlagen werden durch die Gemeindeverwaltung in einer einfachen Form (ein Klick bzw. ein Anhang) zur Verfügung gestellt.*

Eduard Rippstein (CVP): Papierloser Rats- und Kommissionsbetrieb für alle Freiwilligen können wir befürworten. Die Version "Papier" darf nicht ersatzlos gestrichen werden. Wie vorhin

von Christian Zeyer (SP) erwähnt, kann anfangs Jahr jedes Parlamentsmitglied die Zustellform wünschen.

Melanie Gasser (GLP): Rein umwelttechnisch ist das papierlose Büro zu bevorzugen. Ich kann Verständnis dafür aufbringen, dass für einige Mitglieder das papierlose Büro nicht zumutbar ist. Ich bin der Auffassung, dass die "normale Version" zukünftig in elektronischer Form abgegeben wird. Auf Wunsch kann die Papierform beim Ratssekretär bestellt werden.

Noch zu den Beilagen: Die meisten Beilagen sind ebenfalls in elektronischer Form zustellbar. Ich persönlich benötige keinen gebundenen Verwaltungsbericht und keine gebundene Gemeinderechnung mehr. Diese beiden Dokumente müssten ebenfalls in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden.

Tobias Weibel (FDP): Das Geschäft wird nicht als grundlegend schlecht taxiert. Das Ausdrucken der Unterlagen ist sicher nicht die ideale Lösung. Ich habe noch eine zweite Variante meiner Motion vorbereitet und möchte die vorliegende Motion vollumfänglich zurückziehen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Eine zweite Motion muss den üblichen Behördenweg durchgehen (Eingabe - Ablehnung resp. Erheblicherklärung). Für den Gemeinderat der wichtigste Punkt des Anliegens liegt in der elektronischen oder in der Papierform. Ein Wunschkonzert verursacht logistikmässig einen zu grossen Aufwand!

Ich gehe fast ausschliesslich mit meinem Tablet an Sitzungen. Momentan wird die Webseite der Gemeinde Ostermundigen überarbeitet. Die GGR-Unterlagen können nicht mit einem aber sicher mit zwei Klicks abgerufen werden. Alle Unterlagen in einem PDF-Dokument zusammengefasst bringen grosse Schwierigkeiten. Sämtliche Detailfragen müssen noch geklärt werden.

Tobias Weibel (FDP): Ich ziehe meine Motion zurück. Wir werden diesbezüglich bis zu den nächsten Gemeindewahlen mit einem neuen politischen Vorstoss aufwarten.

Rahel Wagner (EVP): Der Unterschied Kommissions- und Ratsbetrieb ist bei der nächsten Motion zu beachten. Die Kommissionen unterliegen dem Datenschutz (sind nicht öffentlich). Dem gegenüber sind die Parlamentssitzungen öffentlich.

10.3.74 Interpellationen
50.8.71.40 Temporegelungen

27. Überparteiliche Interpellation betreffend die Motion "Temporegime auf Ostermundigen Strassen"; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner mit der Beantwortung zufrieden?

Rudolf Mahler (SP): Ich bin ziemlich zufrieden. Ich freue mich auf die klare Aufteilung des Gemeindegebietes in Tempo 20, 30 und 50 Zonen. Auch Tempo 40 wird in Ostermundigen weiter bestehen bleiben.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der überparteilichen Interpellation Kenntnis.

10.3.74 Interpellationen
60.2.00 Allgemeines

28. Interpellation CVP/GLP-Fraktion betreffend GEF-Bericht zur Sozialhilfe in der Stadt Biel - Erkenntnisse für Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner mit der Beantwortung zufrieden?

Eduard Rippstein (CVP): Besten Dank für die Beantwortung.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Kenntnis.

10.3.74 Interpellationen
30.1.01 Gesetze, Dekrete

29. Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Bekämpfung von Lotterliegenschaften; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner mit der Beantwortung zufrieden?

Jakob Weishaupt (SP): Ja.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Kenntnis.

10.3.74 Interpellationen
42.3.43 Abwasseranlagen; Öffentlich, Unterhalt (früher 42.313)

30. Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kostenrisiko bei Abwasserleitungen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner mit der Beantwortung zufrieden?

Christian Zeyer (SP): Ja.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der Interpellation Kenntnis.

10.3.75 Einfache Anfragen
30.1.01 Gesetze, Dekrete

31. Einfache Anfrage Sandra Löhner (CVP) betreffend Ausnahmewilligungen bei Baugesuchen bzw. Anpassung des Baureglements; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt.

B e s c h l u s s :

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der einfachen Anfrage Kenntnis.

10.3.72 Motionen
50.3.1.05 Gemeindewahlen

32. Motion FDP-Fraktion betreffend Vorverschieben der Gemeindewahlen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Gemeindewahlen in den September vor zu verschieben.

Begründung

Die Gemeindewahlen finden gewöhnlich im November des jeweils letzten Jahres der laufenden Legislatur statt, wenn auch kantonale und nationale Abstimmungen auf dem Programm stehen. Dieser Termin ist aus verschiedenen Gründen ungünstig.

So fällt zum Beispiel ein allfälliger zweiter Wahlgang um das Amt des Gemeindepräsidenten auf Ende Jahr, mitten in die Weihnachtszeit. Im Advent liegen die Prioritäten der meisten Leute nicht bei der Politik. Ausserdem ist die Zeit für die Verhandlungen allfälliger parteiübergreifender Fraktionsbildungen, die Selektionierung der Kommissionsmitglieder oder die Zeit zur Einarbeitung für Neugewählte sehr knapp. Bei Personen, die neu in die Exekutive gewählt werden, ist eine geordnete Übergabe der bisherigen Arbeitsstelle in der vor den Festtagen noch zur Verfügung stehenden Zeit noch schwieriger. So können ordentliche Kündigungsfristen, die zwischen 3 und 6 Monaten betragen schlicht nicht eingehalten werden. Die Wahl soll parallel zu den eidgenössischen Abstimmungen stattfinden, damit Kosten eingespart werden können. Durch die Verschiebung des Wahltermins nach vorne, besteht für alle Kandidaten Planungssicherheit.

sig: T. Weibel, R. Rutschi, R. Hubschmid

10.3.72 Motionen
10.18.00 Allgemeines

33. Motion FDP-Fraktion betreffend Einführung eines Gemeinde-Newsletters und den Ausbau der Präsenz in sozialen Netzwerken; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Newsletter in digitaler Form zu realisieren und die Präsenz in sozialen Netzwerken zu erhöhen.

Begründung

In unserer Gemeinde leben viele Menschen, welche sich für das Geschehen in Ostermundigen interessieren. Dies betrifft Bautätigkeiten, Vorgänge in der Verwaltung oder gesellschaftliche Anlässe. Ohne eigenhändige Recherchen oder direkte Beziehungen in die Verwaltung bleiben jedoch viele Fragen meist unbeantwortet. Um diesem Interesse der Bevölkerung gerecht zu werden und es wahrscheinlich sogar auszubauen, wird mit dieser Motion die Einführung eines Newsletters und der Ausbau von Social-Media-Kanälen (Twitter, Facebook) gefordert. Der Newsletter kann auf der Website der Gemeinde und bei anderen Gelegenheiten abonniert werden und wird regelmässig per E-Mail versandt. Er enthält Orientierungen über laufende und anstehende Bauprojekte in der Gemeinde, über Anlässe wie Fasnacht, Neujahrspero aber auch temporäre Verkehrsumleitungen etc.. Die Vorlage soll kostenneutral erfolgen. Der zurzeit bestehende Verwaltungsbericht ist zu umfangreich und wird kaum wahrgenommen. Diese Mehrstunden können auf den Newsletter übergewälzt werden. Im April 2014 erschien zudem erstmals das interne „Steinbruch-Telegramm“ für die Verwaltung. Ein Grossteil dessen Inhaltes kann ungeändert in ein Newsletter für alle Einwohnenden übernommen werden.

sig. T. Weibel, R. Rutschi, R. Hubschmid

10.3.74 Interpellationen
50.8.01 Vandalismus

34. Dringliche Interpellation FDP-Fraktion zum Cupfinal 2014 bzw. zu Hochrisikospiele in Bern; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Am Ostermontag 2014 fand der Cupfinal in Bern statt. Die Rückreise der FCZ-Fans erfolgte über den Bahnhof Ostermundigen.

Fragen

1. Inwiefern war die Gemeinde Ostermundigen im Vorfeld des Cupfinals bei der Planung involviert und welche Rollen haben die Stadt Bern und der Schweizerische Fussballverband in den Verhandlungen zur Rückreise eingenommen?
2. Kam es bei der Rückreise zu Schäden in der Gemeinde Ostermundigen?
3. Auf welchen Betrag belief sich der für die Gemeinde Ostermundigen entstandene Aufwand und können allfällige Kosten im Rahmen der Rückstellung beim Schweizerischen Fussballverband zurückgefordert werden?
4. Inwiefern hat die Gemeinde Ostermundigen die Möglichkeit, mit dem neuen Hooligan-Konkordat eine Rückreise via Ostermundigen künftig zu beeinflussen bzw. allenfalls zu verhindern?
5. Welche Konsequenzen zieht die Gemeinde Ostermundigen für das nächste Hochrisikospiele?

sig. R. Rutschi, T. Weibel, R. Hubschmid

10.3.74 Interpellationen
22.1.00 Allgemeines

35. Interpellation FDP-Fraktion betreffend Zugang von guten Steuerzahlenden (Steuerertrag natürliche Personen); parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, bis spätestens zur nächsten Budgetsitzung Auskunft darüber zu geben:

1. Wie sich das Steuersubstrat der Gemeinde durch die zugewanderten steuerpflichtigen Personen in den letzten fünf Jahren verändert hat und welche Schlussfolgerungen daraus für die Zukunft zu ziehen sind.
2. Welchen Beitrag der durchschnittliche, zugezogene Steuerzahler nach Abzug der unmittelbar verursachenden Fixkosten (Soziallastenausgleich usw.) tatsächlich zur Verbesserung des allgemeinen Finanzhaushaltes der Gemeinde (netto) geleistet hat und wie sich dieser - nach Einschätzung der Exekutive - in Zukunft entwickeln und verändern wird.

Begründung

Gemäss der Prognose der Gemeindeentwicklung, die der Gemeinderat dem Grosse Gemeinderat im letzten Dezember vorgelegt hatte, nahmen die Einwohner/innen der Gemeinde in den Jahren von 2008 bis 2013 um rund 1'000 Personen, von 15'300 auf rund 16'300, zu. Dieser Trend soll sich, gemäss dieser Prognose, auch in den nächsten Jahren fortsetzen und die Einwohnerschaft bis Ende 2018 auf rund 17'500 anwachsen lassen.

In sämtlichen Finanzberichten und -plänen der letzten Jahre hat der Gemeinderat ein starkes Wachstum der Wohnbevölkerung - und so auch eine markanten Zunahme an guten Steuerpflichtigen - als Erfolgsrezept für die Gesundung der Gemeindefinanzen (mit Steuersenkungspotential) angepriesen.

Die heute zur Genehmigung vorliegende Gemeinderechnung 2013 scheint diese Annahme der Exekutive (noch) nicht bestätigen zu wollen, denn die Einkommenssteuern der natürlichen Personen lagen um CHF 1'318'000 (- 4,80 %) unter dem Voranschlag. Wie in der Begründung dazu angegeben wurde, sei die Planung zu gut eingeschätzt worden und der Steuerertrag pro Kopf tiefer gelegen als budgetiert. In diesem Zusammenhang interessiert die grundsätzliche Beantwortung der beiden Fragen, wie sich die Zuwanderung der letzten Jahre auf die Steuererträge ausgewirkt hat, und wieviel der durchschnittlich zugezogene Steuerzahler - nach Abgeltung seiner eignen Fixkosten für gemeindespezifische Aufgaben und nach Abzug in die kantonalen Lastenausgleichssysteme - tatsächlich zur Verbesserung der Gemeindefinanzen beigetragen hat.

sig: R. Rutschi, T. Weibel, R. Hubschmid

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Nun haben wir die Traktandenliste abgearbeitet. Wir treffen uns anschliessend gegenüber in Stef's Kulturbistro. Allen vielen Dank für das Mitmachen und die Geduld.

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Renate Bolliger

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Andreas Burckhardt

Gerhard Zaugg